



V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

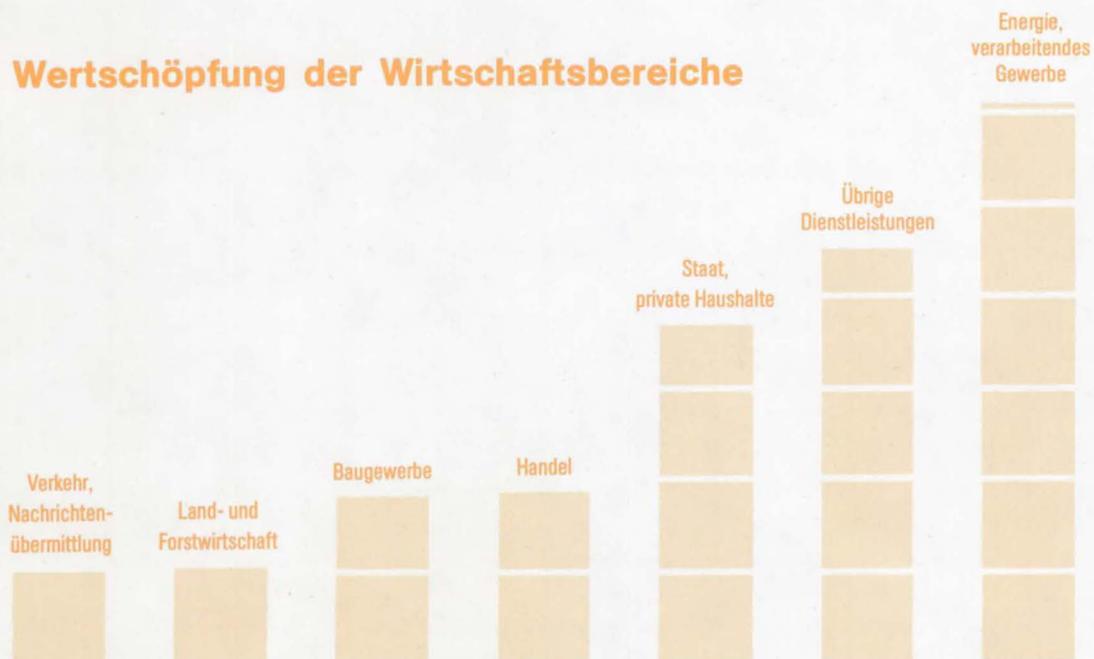
34. Jahrgang · Heft 2

Februar 1982

Altersaufbau der deutschen Bevölkerung
Repräsentative Dezemberviehzählung
Ausländische Studenten
Wohnverhältnisse 1978

*Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel*

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Dezember 1981		Januar bis Dezember 1981	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	177	- 2,8	180	- 1,9
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	- 2,6	18	- 4,8
Löhne und Gehälter	Mill. DM	537	+ 0,8	502	+ 2,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 920	- 2,3	2 791	+ 7,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 355	+ 0,6	2 265	+ 4,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	565	- 12,8	526	+ 25,1
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 024	+ 24,7	1 457	+ 4,4
aus dem Inland	Mill. DM	999	+ 2,4	981	- 2,9
aus dem Ausland	Mill. DM	1 025	+ 58,5	476	+ 23,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE	184	- 28,7	222	- 5,9
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	50	- 11,6	54	- 6,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. St.	3	- 25,2	6	- 11,0
Löhne und Gehälter	Mill. DM	89	- 19,5	132	- 4,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	527	- 22,8	399	- 4,4
Auftragseingang ³	Mill. DM	148	- 24,4	239	- 5,0
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	880	- 45,7	1 265	- 15,9
Nichtwohnbau	1 000m ³ umbauter Raum	414	- 24,7	525	- 21,5
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	86 037	+ 61,3	61 569	+ 54,9
		November 1981		Januar bis November 1981	
Ausfuhr	Mill. DM	876	+ 103,2	716	+ 40,3
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	625	+ 45,1	640	+ 28,1
Kredite⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 714	+ 3,2	8 788	+ 7,7
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	34 926	+ 8,4	33 897	+ 10,2

1) Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 (ab Januar 1979)

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 2/82

	Seite
Aufsätze	
Repräsentative Dezemberviehzählung 1981..	33
Ausländische Studenten 1981	37
Die Wohnverhältnisse in Schleswig-Holstein und im Bund	45
Grafik des Monats	40
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8/1981

Statistisches Landesamt im neuen Dienst-
gebäude
Auftragslage im verarbeitenden Gewerbe
Studiendauer
Körpergröße und -gewicht

Heft 9/1981

Anbau Ackerland 1981
Getreideernte 1981
Ausfuhr
Insolvenzen

Heft 10/1981

Ehescheidungen
Bienenhaltung
Nahrungsmittelausgaben
Studenten

Heft 11/12 – 1981

Bruttoinlandsprodukt 1970 und 1980
Bauhauptgewerbe 1950 bis 1981
Getreide- und Rapsertträge

Heft 1/1982

Kommunalwahlen 1946 bis 1978
Auslandsumsätze im verarbeitenden Ge-
werbe
Berufspendler

Repräsentative Dezemberviehzählung 1981

In Schleswig-Holstein wurden seit 1906¹ die Viehbestände an Pferden, Rindern, Schweinen und Schafen sowie ab 1916 auch die Geflügelbestände bis 1980 jährlich im Dezember allgemein, das heißt in allen Viehhaltungen des Landes erhoben. Diese totalen Viehzählungen bildeten stets die zentralen Erhebungen für die Viehwirtschaft und waren damit die wesentliche Grundlage für die Beurteilung der tierischen Produktion und der Viehhaltungsstruktur, und zwar sowohl im gesamten Land als auch in unterschiedlichster regionaler Gliederung.

Neufassung des Viehzählungsgesetzes

Durch Gesetz vom 14. März 1980 wurde die Dezemberviehzählung verändert, und zwar derart, daß die Erhebung in geraden Jahren allgemein (wie bisher), in den ungeraden Jahren aber — beginnend 1981 — repräsentativ, das heißt als Stichprobe durchgeführt wird. Von dieser Änderung unberührt bleiben die bestehenden repräsentativen Zwischenzählungen für Schweine im April und August und für Rinder sowie Schafe im Juni. Dies hat zur Folge, daß jetzt nur noch alle zwei Jahre regional (nach Gemeinden, Kreisen, Naturräumen) gegliederte und nach Bestands- und Betriebsgrößen aufbereitete Ergebnisse erstellt werden können, während die repräsentativen Erhebungen nur die Veröffentlichung der Halter- und Bestandszahlen des gesamten Landes zulassen. Bei einer in Schleswig-Holstein nach wie vor starken Strukturveränderung in der Nutztierhaltung bedeutet die erläuterte Umstellung der Dezemberviehzählung einen erheblichen Informationsverlust für die Verwaltung, die Beratung und den landwirtschaftlichen Berufsstand. Die Gemeinden werden dagegen von Erhebungsarbeit entlastet, da sie nur ein Viertel der Viehhalter einer Totalerhebung aufzusuchen haben. Die nicht befragten Viehhalter schließlich dürften kaum eine Entlastung empfunden haben, da die Auskunfterteilung üblicherweise nur wenig Zeit erfordert.

Auswahlverfahren

Da die Tierhaltungen und Tierbestände an Schweinen, Rindern, Schafen, Pferden und Geflügel im Dezember 1981 erstmals repräsentativ erfaßt wurden, waren neue Stichprobenprogramme zu entwickeln. Das Stichprobenkonzept läßt sich dem nachfolgenden Auswahlplan entnehmen. Die in der vorangegangenen allgemeinen Dezemberviehzählung 1980 erfaßten rund 35 000 Viehhaltungen bildeten die Auswahlgrundgesamtheit. Die Gesamtstichprobe mit knapp 9 400 nach dem Zufall ausgewählten Viehhaltungen (= 26,5 % der Grundgesamtheit) setzt sich aus 9 nach Tierarten und Nutzungsrichtungen differenzierten Einzelstichproben zusammen. Die 9 Einzelstichproben sind wiederum jeweils nach 2 bis 5 Bestandsgrößenklassen geschichtet. Die Auswahlsätze nehmen innerhalb jeder Einzelstichprobe mit steigender Bestandsgröße zu und sind bei den Schweinen, Schafen und Geflügel aufgrund der erheblichen Streuung der Tierbestandszahlen unter den Großhaltungen von einem bestimmten Schwellenwert ab auf 100 % (Totalerhebung) festgesetzt.

Bei dem verwendeten Auswahlverfahren kann ein Betrieb gleichzeitig in mehreren Stichproben vertreten sein. Neben den „ausgewählten“ Tierarten werden bei allen Stichprobenbetrieben auch alle anderen Viehbestände erfragt. Durch dieses Verfahren werden bei der Hochrechnung der Halter- und Bestandszahlen auch die Bestände solcher Tierarten repräsentativ berücksichtigt, die seit der letzten Zählung (Auswahlgrundlage) bei einem Betrieb neu hinzugekommen sind. Dagegen werden viehlose Betriebe (land-, garten- und forstwirtschaftliche Betriebe mit alleiniger Bodenbewirtschaftung) nicht in die Auswahl einbezogen; damit bleiben Haltungen sowohl bei solchen Betrieben als auch bei Personen, die zur Zeit der letzten Totalerhebung weder Tiere hielten noch Flächen bewirtschafteten, unerfaßt, auch wenn hier wie dort inzwischen eine Viehhaltung aufgenommen worden sein sollte. Daraus ergibt sich eine gewisse Untererfassung. Daneben dürften die in der Geflügelhaltung zunehmend verbreiteten „Rein-Raus-Betriebe“ Probleme aufwerfen. Sowohl bei der Legehennenhaltung als auch bei der Geflügelmast in Großbeständen wird nach Beendi-

1) Vor 1906 wurden Viehbestände bereits 1861/62, 1867, 1873, 1883, 1892, 1897, 1900, 1902 und 1904 allgemein erfaßt

gung der Lege- oder Mastperiode der gesamte Geglügelbestand auf einmal an die Geflügelschlachterei geliefert. Für eine Spanne von einigen Tagen, wenn die

Auswahlplan der repräsentativen Dezemberviehzählung 1981

Einzel-Stichprobe		Schicht		Auswahl- satz in %	Stich- proben- betriebe
Nr.	Tierart und Nutzungs- richtung	Nr.	Bestandsgröße im Dez. 1980 von ... bis ... Tiere		
I	Zuchtschweine	1	1 — 8	8,3	310
		2	9 — 19	12,5	282
		3	20 — 39	25,0	396
		4	40 — 79	40,0	464
		5	80 und mehr	100,0	456
	zusammen			20,8	1 908
II	Sonstige Schweine	1	1 — 49	6,7	510
		2	50 — 149	14,3	446
		3	150 — 349	33,3	549
		4	350 — 699	50,0	501
		5	700 und mehr	100,0	339
	zusammen			17,0	2 345
III	Milchkühe	1	1 — 14	5,9	227
		2	15 — 25	5,0	241
		3	25 — 39	5,9	308
		4	40 — 59	8,4	274
		5	60 und mehr	40,0	392
	zusammen			7,9	1 442
IV	Sonstige Rinder	1	1 — 19	5,9	369
		2	20 — 39	6,2	386
		3	40 — 69	9,1	596
		4	70 — 119	14,3	512
		5	120 und mehr	66,6	547
	zusammen			10,3	2 410
V	Schafe	1	1 — 9	5,0	150
		2	10 — 29	10,0	125
		3	30 — 79	19,9	108
		4	80 und mehr	100,0	281
	zusammen			13,1	664
VI	Legehennen	1	1 — 39	2,5	291
		2	40 — 199	10,0	191
		3	200 — 999	25,0	77
		4	1 000 — 3 999	66,7	100
		5	4 000 und mehr	100,0	117
	zusammen			5,5	776
VII	Masthühner	1	1 — 49	5,0	150
		2	50 und mehr	100,0	89
	zusammen			7,8	239
VIII	Gänse, Enten, Truthühner	1	1 — 19	5,0	189
		2	20 — 99	19,9	200
		3	100 und mehr	100,0	104
	zusammen			10,1	493
IX	Pferde	1	1 — 2	2,5	156
		2	3 — 8	5,0	116
		3	9 — 29	20,0	122
		4	30 und mehr	66,5	109
	zusammen			5,4	503
Gesamt-Stichprobe				26,5	9 393

geräumten Ställe intensiv gereinigt und hergerichtet werden, besitzt der Geflügelhalter bis zur Neubelegung keinen Bestand. Eine Reihe von Geflügelhaltern wird also bei der Viehzählung als einer Stichtagserhebung nicht erfaßt, und die Bestandsstruktur der Viehhaltungen läßt sich deshalb nicht korrekt darstellen. Daneben fehlen auch solche „Rein-Raus-Betriebe“ bei der repräsentativen Erhebung, die am Stichtag der letzten Totalerhebung keinen Viehbestand hatten, denn sie hatten keine Auswahlchance.

Abgesehen von einer gewissen, „erwarteten“ Untererfassung der Halter und Bestände sowie einer naturgemäß geringeren Sicherheit von Ergebnissen aus repräsentativen Erhebungen ist die Zählung hinsichtlich des Zähltermins und des Fragenkataloges (Gliederung nach Kategorien) mit den vorhergehenden Dezemberzählungen vergleichbar.

Ergebnisse

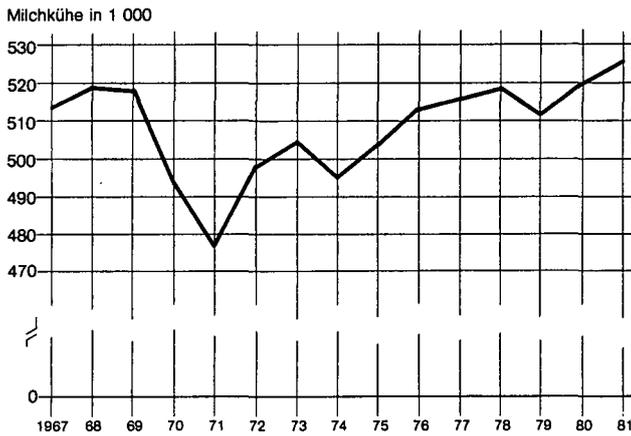
Nachfolgend wird über die vorläufigen Zählergebnisse bei den Rindern und den Schweinen berichtet. Dadurch, daß für die beiden Tierarten jeweils zwei gesonderte, nach der Nutzung ausgerichtete Stichproben gezogen und über besondere Zugangsberechnungen gemeinsam ausgewertet werden, kann diesen Ergebnissen eine gute statistische Sicherheit beigegeben werden. Am 3. Dezember 1981 wurden in Schleswig-Holstein von 23 000 Rinderhaltern 1,54 Mill. Rinder und von 14 000 Schweinehaltern 1,76 Mill. Schweine gehalten.

Rinderhaltung

Während die Zahl der Rinderhalter gegenüber dem Dezember 1980 um gut 3 % abnahm, veränderte sich der Rinderbestand bei einem Rückgang um 9 000 (= 0,6 %) nur unerheblich. Er liegt jedoch um 3 % unter dem Bestand von 1978, als mit 1,59 Mill. Rindern die größte Tierzahl nach dem Kriege festgestellt wurde. Die einzelnen Rinderkategorien veränderten sich unterschiedlich. Der Milchviehbestand nahm in Jahresfrist um 1 % (= 5 000 Kühe) auf eine in Schleswig-Holstein bisher nicht erreichte Zahl von 525 000 Milchkühen weiter zu und entwickelte sich während der letzten 15 Jahre in der im Bild dargestellten Weise.

Die stetige Aufstockung des Milchkuhbestandes in Schleswig-Holstein nach dem Kriege erreichte 1968 mit 519 000 Tieren einen vorläufigen Höhepunkt. Ein weiterer Anstieg wurde durch drei Abstockungsphasen, deren Intensität von Mal zu Mal geringer

Entwicklung des Milchkuhbestandes in Schleswig-Holstein



wurde, unterbrochen, die jeweils durch die großen EG-Strukturprogramme zur Nichtvermarktung von Milch (1969 – 1971, 1973 – 1974, 1977 – 1980) ausgelöst waren. Danach stiegen die Milchkuhbestände jeweils wieder an. In einer derartigen Aufstockungsphase dürfte sich die Milchviehhaltung des Landes zur Zeit befinden. Der Milchkuhbestand verteilte sich im Dezember auf knapp 18 000 Milchkuhalter, deren Zahl sich innerhalb eines Jahres um 3 % weiter verringert hatte. Nach Beendigung der letzten EG-Prämienaktion zur Verringerung des Milchkuhbestandes hat sich die Abnahmerate der milchviehhaltenden Betriebe erheblich verlangsamt (1978: – 8 %, 1979: – 6 %, 1980: – 4 %).

Auch bei den für einen kurzfristigen Bestandsaufbau maßgebenden weiblichen Rindern im Alter von 1 bis 2 Jahren (+ 2 %) und den Nutz- und Zuchtfärsen ab 2 Jahren (+ 4 %) wurde ein Anstieg um 5 000 auf zusammen 253 000 Tiere (darunter 61 000 Nutz- und Zuchtfärsen ab 2 Jahre) festgestellt. Die Zahl der weiblichen Jungrinder (6 Monate bis 1 Jahr alt) veränderte sich mit 197 000 Tieren nur unwesentlich. Der Vorjahresbestand an Kälbern wurde mit 256 000 Tieren um 1 % leicht unterschritten.

Erhebliche Rückgänge wurden bei nahezu allen zum Schlachten bestimmten Rinderkategorien (ausgenommen Ochsen und Bullen ab 2 Jahre alt) festgestellt. So nahm die Zahl der männlichen Jungrinder (6 Monate bis 1 Jahr alt) um 11 000 Tiere (= 7 %) auf 143 000 besonders stark ab. Die weiblichen und männlichen zum Schlachten bestimmten Rinder ab 1 Jahr alt (Bullen, Ochsen, Schlachtkühe, Schlachtfärsen), die 1978 – siehe Tabelle – mit 193 000 Tieren einen Höchststand erreicht hatten, gingen in Jahresfrist um weitere 6 000 (= 4 %) auf nunmehr

164 000 Tiere zurück. Dieser Bestand von Dezember 1981 verteilte sich auf die einzelnen Kategorien wie folgt (in Klammern dahinter: Veränderung gegenüber Vorjahr):

männl. Rinder, 1 - 2 Jahre	105 000 (– 6 %)
männl. Rinder, ab 2 Jahre	22 000 (+ 8 %)
weibl. Schlachtrinder, 1 - 2 Jahre	26 000 (– 2 %)
Schlachtfärsen, ab 2 Jahre	6 000 (– 6 %)
Schlacht- und Mastkühe	6 000 (– 13 %)

Diese Veränderungen lassen kurz- bis mittelfristig ein geringeres Schlachtviehaufkommen aus schleswig-holsteinischer Erzeugung erwarten.

Entwicklung des zum Schlachten bestimmten Rinderbestandes und der Rinderschlachtungen in Schleswig-Holstein 1977 - 1981

Jahr	Dezemberbestände		Jährliche Rinderschlachtungen ¹ (ohne Kälber) in 1 000
	männliche Rinder, 6 Monate bis 1 Jahr in 1 000	Bullen, Ochsen, Schlachtkühe, Schlachtfärsen ab 1 Jahr alt in 1 000	
1977	164	185	443
1978	165	193	462
1979	154	183	489
1980	153	170	486
1981	p 143	p 164	p 468

1) Gewerbliche Schlachtungen von Inlandtieren

Wie aus der Tabelle hervorgeht, folgt das Schlachtaufkommen an Rindern annähernd der Bestandsentwicklung des jeweils vorhergehenden Jahres. Die derzeitige Entwicklung wird wahrscheinlich dadurch bestimmt, daß die Mastrinderhaltung außerhalb der milchviehhaltenden Betriebe rückläufig ist und die Milchviehalter ihren Bestand an Mastrindern offenbar nicht in dem Maße ausweiten wie den an Milchkühen. Hinzu kommt, daß in einer Phase der Aufstockung des Milchkuhbestandes und gleichzeitig geringerer Abnahme der Zahl der Haltungen weniger Milchkühe geschlachtet werden.

Eine zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende Zunahme auf rund 7 000 Tiere wurde bei den Ammen- und Mutterkühen festgestellt; ihr Bestand, der nur etwa 1 % des Gesamtkuhbestandes ausmachte, verteilte sich auf 900 Rinderhaltungen. Damit kommt einer einseitigen Fleischrinderhaltung in Schleswig-Holstein nach wie vor nur geringe Bedeutung zu.

Bei annähernder Stagnation des gesamten Rinderbestandes, aber einer leichten Aufstockung des Milchkuhbestandes setzte sich die Konzentration in der Rinderhaltung — Abnahme der Viehhalter bei gleichzeitiger Bestandsaufstockung in den verbleibenden Betrieben — fort. Eine differenziertere Überprüfung hat gezeigt, daß in Jahresfrist im wesentlichen Rinder- und Milchkuhkleinsthaltungen, aber in nur geringem Umfange größere Bestände aufgelöst wurden.

Schweinehaltung

1981 nahm die Zahl der Halter um 8 % und der Tierbestand um 3 % ab. Damit gaben wie im Vorjahr gut 1 000 Betriebe — vorwiegend mit kleinen Beständen — die Schweinehaltung auf. Vergleicht man die jährliche Veränderung der Halterzahlen über einen längeren Zeitraum, so war die Abnahme der Halterzahl nur 1976 etwas geringer. Prozentual entspricht die letztjährige Abnahme dem jährlichen Durchschnitt der letzten 6 Jahre; in diesem Zeitraum war der prozentuale Rückgang im Jahre 1979 (— 12 %) größer, in den Jahren 1976 (— 5 %) und 1977 (— 7 %), das heißt während der letzten Aufstockungsphase, die von der zweiten Jahreshälfte 1975 bis zum Frühjahr 1978 reichte, jedoch deutlich kleiner.

Der Gesamtbestand an Schweinen nahm seit seinem bisherigen Dezemberhöchststand im Jahre 1978 mit 1,86 Mill. Tieren nunmehr im dritten Jahr nacheinander — während einer bis Anfang 1981 reichenden Phase ungünstiger Erzeugerpreise — um zusammen 100 000 (= 5 %) Tiere ab. Die verbleibenden Halter, deren Zahl sich in dieser Zeitspanne um ein Viertel verrin-

gerte, glichen den durch Bestandsauflösungen eingetretenen Rückgang durch Aufstockung nicht voll aus.

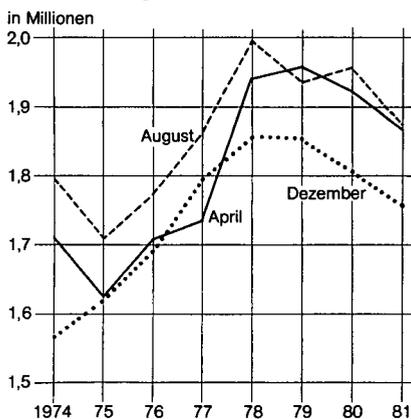
Im Bild ist die Entwicklung des Schweinebestandes an den drei Zählterminen April, August und Dezember seit 1974 dargestellt. Darüber hinaus läßt sich aus der Lage der drei Kurven zueinander der jahreszeitliche Verlauf des Schweinebestandes ersehen. Es ist deutlich zu erkennen, daß der Dezemberbestand den vorhergehenden Augustbestand während des gesamten Zeitraumes — 1981 um 6 % — unterschritt. April- und Dezemberbestand des jeweils gleichen Jahres lagen 1975 bis 1977, das heißt während der letzten Aufstockungsphase in etwa gleicher Größenordnung; in der ab Mitte 1978 folgenden Abstockungsphase war der Dezemberbestand dagegen wesentlich geringer als der vorausgegangene Aprilbestand, der in dieser Zeitspanne etwa dem Augustbestand entsprach.

8 300 Halter — 61 % aller Schweinehalter — hatten im Dezember 1981 Zuchtschweine, das heißt betrieben eine **Sauenhaltung**. Ihre Zahl verringerte sich 1981 wie im vorhergehenden Jahr um gut 800 oder 9 %, womit die Abnahmerate nur leicht über dem Durchschnitt der letzten 6 Jahre (— 8 %) lag. Hierbei wurde die Sauenhaltung in den Jahren 1976, 1977 und 1978 (Aufstockungsphase) von durchschnittlich knapp 700 Betrieben (= im Mittel 5 %) pro Jahr, dagegen in den folgenden Jahren 1979, 1980 und 1981 (Abstockungsphase) durchschnittlich von gut 1 000 Betrieben (= im Mittel 10 %) aufgegeben. Im Vergleich dazu nahm die Gesamtzahl der Schweinehalter in der zuerst genannten Zeitspanne mit jährlich 6 % etwas stärker und in der zweiten mit jährlich 9 % etwas schwächer ab. Aufgelöst wurden überwiegend

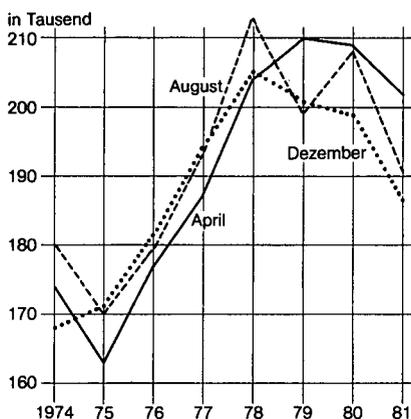
Schweinebestände der Jahre 1974 bis 1981 in den Monaten April, August und Dezember

D 5240

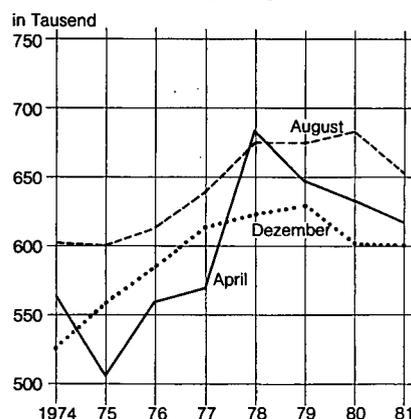
Schweine insgesamt



Sauenbestand



Mastschweine ab 50 kg Lebendgewicht



kleinere Bestände, besonders von Haltern mit weniger als 10 Zuchtsauen.

Im Dezember 1981 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 187 000 Sauen erfaßt, 6 % weniger als vor einem Jahr. Von diesen waren 127 000 (= - 5 %) trächtig, darunter 25 000 Jungsauen und 102 000 ältere Sauen. Von den 61 000 nicht trächtigen Tieren waren 18 000 noch nicht trächtige Jungsauen und 42 000 nicht trächtige ältere Sauen. Damit verringerte sich der Bestand an Jungsauen um 3 000 auf 43 000 und der Bestand älterer Sauen um 7 000 auf 145 000 Tiere.

Die im Bild dargestellte Entwicklung entspricht mit einer intensiven Aufstockung in den Jahren 1976 bis 1978 und einem Rückgang in den letzten drei Jahren annähernd den Veränderungen im gesamten Schweinebestand. Im Jahresverlauf wurden dagegen während der Aufstockungsphase im August und Dezember, während der Abstockungsphase jedoch im April die größten Sauenbestände ermittelt. Daraus wird erkennbar, daß sich die Sauenzahl saisonal kaum verändert hat, sondern von einem typischen mehrjährigen Zyklus geprägt wurde.

Mit der Sauenhaltung einhergehend verringerte sich 1981 auch die Zahl der **Ferkel** (unter 20 kg Lebendgewicht) um 3 % auf 520 000 und die der **Jungschweine** (20 - 50 kg Lebendgewicht) um 5 % auf 439 000.

Die Zahl der **Mastschweine** (ab 50 kg Lebendgewicht) entsprach mit rund 600 000 Tieren annähernd dem

Vorjahresbestand und unterschritt den bisher größten Dezemberbestand im Jahre 1979 mit 630 000 Tieren um 5 %. Der Bestand verteilte sich im Dezember 1981 auf rund 7 300 Haltungen, 500 oder 7 % weniger als im vorhergehenden Jahr. Dies war absolut der bisher geringste Rückgang an Haltungen in einem Jahr; prozentual war er jedoch im Jahre 1976 (- 5 %) etwas geringer. In den letzten 6 Jahren betrug die jährliche Abnahmerate durchschnittlich 9 %.

Wie im letzten Bild dargestellt, folgte auch der Mastschweinebestand den bereits bei den Schweinen insgesamt und den Sauen erläuterten mehrjährigen, zyklisch bedingten Veränderungen. Sie waren bei den Aprilzählungen am stärksten und bei den Augustzählungen am schwächsten ausgeprägt. Im Jahresverlauf ist die Zahl der Mastschweine saisonüblich im Spätsommer bis Herbst - in der zweiten Jahreshälfte werden überwiegend günstigere Erzeugerpreise erzielt - am größten.

Die Auswertung hat gezeigt, daß sich der langjährige Konzentrationsprozeß 1981 sowohl in der Ferkel- als auch der Mastschweinerzeugung fortgesetzt hat. Haltungen mit kleinen Beständen schieden aus der Produktion aus. Durch Aufstockung in den verbliebenen Haltungen wurde der Rückgang im Sauenbestand abgeschwächt und im Mastschweinebestand (beim Vergleich der beiden letzten Dezemberzählungen) annähernd ausgeglichen.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Ausländische Studenten 1981

Der Anteil ausländischer Studenten an der Gesamtheit der Immatrikulierten in Schleswig-Holstein ist seit Jahren ziemlich konstant geblieben. Im Sommersemester 1970 studierten im nördlichsten Bundesland 12 757 Studenten, von denen 652 (5,1 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten. Über zehn Jahre später, nämlich im Sommersemester 1981, ergibt sich eine Ausländerquote von 5,2 %. Das bedeutet, daß mit dem starken Zuwachs der Studentenzahl insgesamt um gut 70 % auf 21 849 ein entsprechend hoher Anstieg der Ausländerzahl auf 1 144 einherging. Aus

Vergleichsgründen bleiben hier übrigens die Studenten der Verwaltungsfachhochschule Altenholz unberücksichtigt, die erst seit dem Wintersemester 1978/79 in die Hochschulstatistik einbezogen wurde. Auch wenn die soziale Lage und Herkunft, die Altersstruktur und die Arbeits- und Wohnverhältnisse der ausländischen Studenten andere sind als die der Gastarbeiter und daher statistische Vergleiche problematisch erscheinen, zeigt ein Blick in die Bevölkerungsstatistik, daß die Ausländer an den Hochschulen überdurchschnittlich vertreten sind. 1981 betrug

der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Schleswig-Holstein 3,6 %, der damit deutlich unter der Ausländerquote des Sommersemesters 1981 (5,2 %) liegt.

Doch anders als bei den Studierenden ist der Ausländeranteil an der Bevölkerung Schleswig-Holsteins innerhalb von 10 Jahren deutlich gestiegen, nämlich von 1,5 % im Jahre 1970 um 2,1 Prozentpunkte, so daß vielleicht in ein paar Jahren die Ausländerquote in der Bevölkerung Schleswig-Holsteins ebenso hoch sein kann wie an den Hochschulen.

Wie in der folgenden Tabelle zu sehen ist, wurde im Sommersemester 1981 der höchste Bestand an ausländischen Studenten erreicht, der aber nicht zur größten Ausländerquote für Schleswig-Holstein führte. Diese ist innerhalb des hier untersuchten Zeitraums mit dem Wert von 5,8 % in den Sommersemestern 1975 und 1976 höher gewesen. Wenn bei

Ausländische Studenten an den Hochschulen¹ in Schleswig-Holstein seit 1970

Semester	Studenten		in %
	insgesamt	darunter Ausländer	
1970	12 757	652	5,1
1970/71	14 430	717	5,0
1971 ^a	14 670	752	5,1
1971/72	16 757	769	4,6
1972	17 186	902	5,2
1972/73	18 307	987	5,4
1973	17 911	1 006	5,6
1973/74	18 913	1 035	5,5
1974	18 400	1 041	5,7
1974/75	19 425	1 093	5,6
1975	18 988	1 099	5,8
1975/76	20 396	1 129	5,5
1976	18 755	1 095	5,8
1976/77	20 064	1 122	5,6
1977	19 145	1 093	5,7
1977/78	20 277	1 119	5,5
1978	19 159	1 076	5,6
1978/79	20 615	1 084	5,3
1979	19 350	1 011	5,2
1979/80	21 201	1 067	5,0
1980	20 287	1 016	5,0
1980/81	22 405	1 136	5,1
1981	21 849	1 144	5,2

1) ohne Verwaltungsfachhochschule Altenholz

a) ohne Fachbereich Gestaltung

der relativen Konstanz des Ausländeranteils überhaupt leichte Veränderungen im Zeitablauf sichtbar sind, dann eine Wellenbewegung von kleinen Anfangswerten — Minimum mit 4,6 % im Wintersemester 1971/72 — über die schon erwähnten höheren Werte 1975 und 1976 wieder zu Anteilen um dicht über 5 % in den letzten Jahren.

Wie liegt der Ausländeranteil unter den Studenten im Bundesgebiet? Legt man das vorläufige Bundesergebnis der Studentenstatistik für das Sommersemester 1981 zum Vergleich zugrunde, so zeigt sich, daß der Ausländeranteil im Bundesdurchschnitt mit knapp 6 % höher liegt als in Schleswig-Holstein. Den Anteilswert des nördlichsten Bundeslandes von 5 % weisen auch noch Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf. Mit Werten von rd. 4 % waren die ausländischen Studenten an den Hochschulen in Niedersachsen und Bayern noch geringer vertreten. Überproportional hohe Ausländerquoten errechneten sich dagegen vor allem für die Studentenschaft in Berlin (West) mit gut 10 %, aber auch in Hessen und im Saarland mit je rd. 7 %. In Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg entspricht die Relation Ausländer/Deutsche dem Bundesdurchschnitt (6 % Ausländer).

Das Studienangebot der Christian-Albrechts-Universität und Medizinischen Hochschule Lübeck ist weit gestreut. Das ist sicherlich ein Grund dafür, daß dort im Sommersemester 1981 rd. 750 Ausländer und damit zwei Drittel aller ausländischen Studenten eingeschrieben waren. Gemessen an den knapp 14 100 Studenten dieser beiden Hochschulen ergibt sich eine Ausländerquote von 5,3 %, die ziemlich genau dem Durchschnittswert für alle Hochschulen Schleswig-Holsteins entspricht. Ganz anders ist das an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg, die bei rd. 3 100 Studenten einen Ausländeranteil von nur 1,0 % aufweisen. Diese geringe Nachfrage nach einem Studienplatz durch ausländische Studienberechtigte erklärt sich aus den Besonderheiten des Lehrerberufs. Die Lehrinhalte vieler Studiengänge des Lehramtes sind stark von der historischen Entwicklung und den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten unseres Landes geprägt und können daher nicht ohne weiteres in den Schulen anderer Länder angewandt werden. Außerdem stehen dem Ausländern, der bei uns Lehrer sein will, administrative Hindernisse im Wege. So werden Bewerber für die Lehrerlaufbahn nur dann in das Beamtenverhältnis übernommen, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dieses Argument spricht vor allem gegen ein Studium der Ausländer an der Verwaltungs-

fachhochschule Altenholz, wo der Beamtennachwuchs ausgebildet wird. Auch deshalb ist diese Hochschule nicht in die Untersuchung einbezogen worden.

Musik dagegen kennt keine Grenzen. Diese Vorstellung ruft jedenfalls der Ausländeranteil unter den knapp 350 Studenten an der Musikhochschule Lübeck hervor, der mit 15 % deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. Mit einer Quote von 7 % ist aber auch die Internationalität der rd. 4 400 Fachhochschulstudenten überdurchschnittlich hoch gewesen.

Herkunft der Ausländer

Die über 1 100 ausländischen Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein sind in Ländern aller fünf Kontinente beheimatet. Die meisten von ihnen — nämlich 41 % — hatten die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Aus Ländern Asiens kamen 34 %, aus Amerika 16 % und aus Afrika 8 %. Ein Student nannte Australien als seine Heimat. Für die wissenschaftlichen Hochschulen einerseits und die Fachhochschulen andererseits ergeben sich allerdings abweichende Verteilungen. Wegen der geringen Zahl von Ausländern bleiben die beiden pädagogischen Hochschulen und die Musikhochschule hierbei unberücksichtigt.

An der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck waren die Anteile der Ausländer aus Europa (45 %) und Amerika (19 %) überproportional hoch, während die Quoten der Asiaten (31 %) und Afrikaner (4 %) unter den Landeswerten lagen. Im Gegensatz zu dieser Ausländerverteilung kamen an den Fachhochschulen die meisten ausländischen Studenten aus Asien (40 %), dann erst folgten die Ausländer aus Europa (29 %). Auch war mit einem Anteilswert von 19 % der Fachhochschulbesuch durch Afrikaner deutlich höher als im Universitätsbereich, während Studenten aus Amerika an Fachhochschulen nur eine Quote von 10 % aufwiesen.

Wie bunt das Völkergemisch an den Hochschulen Schleswig-Holsteins ist, wird noch deutlicher, wenn man weiß, daß die über 1 100 Ausländer aus 77 verschiedenen Ländern dieser Erde kommen. Da kann es schon sein, daß der Kongolese neben dem Norweger, der Vietnameser neben dem Kanadier oder dem Ungarn gemeinsam eine Vorlesung hören. Doch darf diese Vielfalt der Nationen nicht darüber hinwegtäuschen, daß allein zwei Drittel der ausländischen Studenten in nur zwölf verschiedenen Ländern beheimatet waren. Die folgende Übersicht zeigt auch, daß nicht aus einem

Ausländische Studenten in Schleswig-Holstein nach der Staatsangehörigkeit

— Sommersemester 1981 —

Staatsangehörigkeit (Auswahl aus 77)	Studenten	
	Anzahl	in %
Iran	191	17
USA	120	10
Türkei	78	7
Norwegen	52	5
Algerien	44	4
Griechenland	44	4
Indonesien	44	4
Großbritannien	41	4
Frankreich	40	3
Finnland	36	3
Dänemark	35	3
Schweden	34	3
Übrige	385	34
Zusammen	1 144	100

europäischen Staat, sondern aus dem Iran und aus den USA die größten Kontingente ausländischer Studenten stammten.

Erst an dritter Stelle folgt mit der Türkei ein europäisches Land, das allerdings nach Kultur und Religion nicht zu den typischen dieses Kontinents zählt. Anders ist das mit Norwegen, Großbritannien, Frankreich und den anderen drei skandinavischen Staaten, die unserer Staatsform und Lebensphilosophie sicher näher stehen. Die Aufzählung der wichtigsten Herkunftsländer der Ausländer zeigt, daß es keine allgemeingültigen Bestimmungsgründe für eine „internationale Bildungswanderung“ gibt. Die günstige geographische Lage der skandinavischen Länder zu Schleswig-Holstein spricht für den mit insgesamt 14 % hohen Anteil der Studenten aus Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark. Auf der anderen Seite widerspricht der relativ geringe Anteil dänischer Studenten der These, daß die Quote ausländischer Studenten mit der Nähe der jeweiligen Heimatländer steigt. Diese Annahme paßt auch nicht zu den Zahlen der Studenten aus dem Iran, den USA und Indonesien, die also aus weit entfernten Ländern stammen. Zur Erklärung der Mobilität der Studenten über die eigene Staatsgrenze hinweg müssen weitere Faktoren genannt werden. Einer ist sicher die Wirtschaftskraft eines Landes, und zwar aus unterschiedlichen, entgegengesetzten Gründen. Einerseits nämlich wird ein Staat mit einem geringen Sozialprodukt nur kleine Summen für den Hochschulbau aufwenden können, so daß bei unterentwickeltem Studienangebot im Heimatland viele ein

Altersaufbau der deutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins

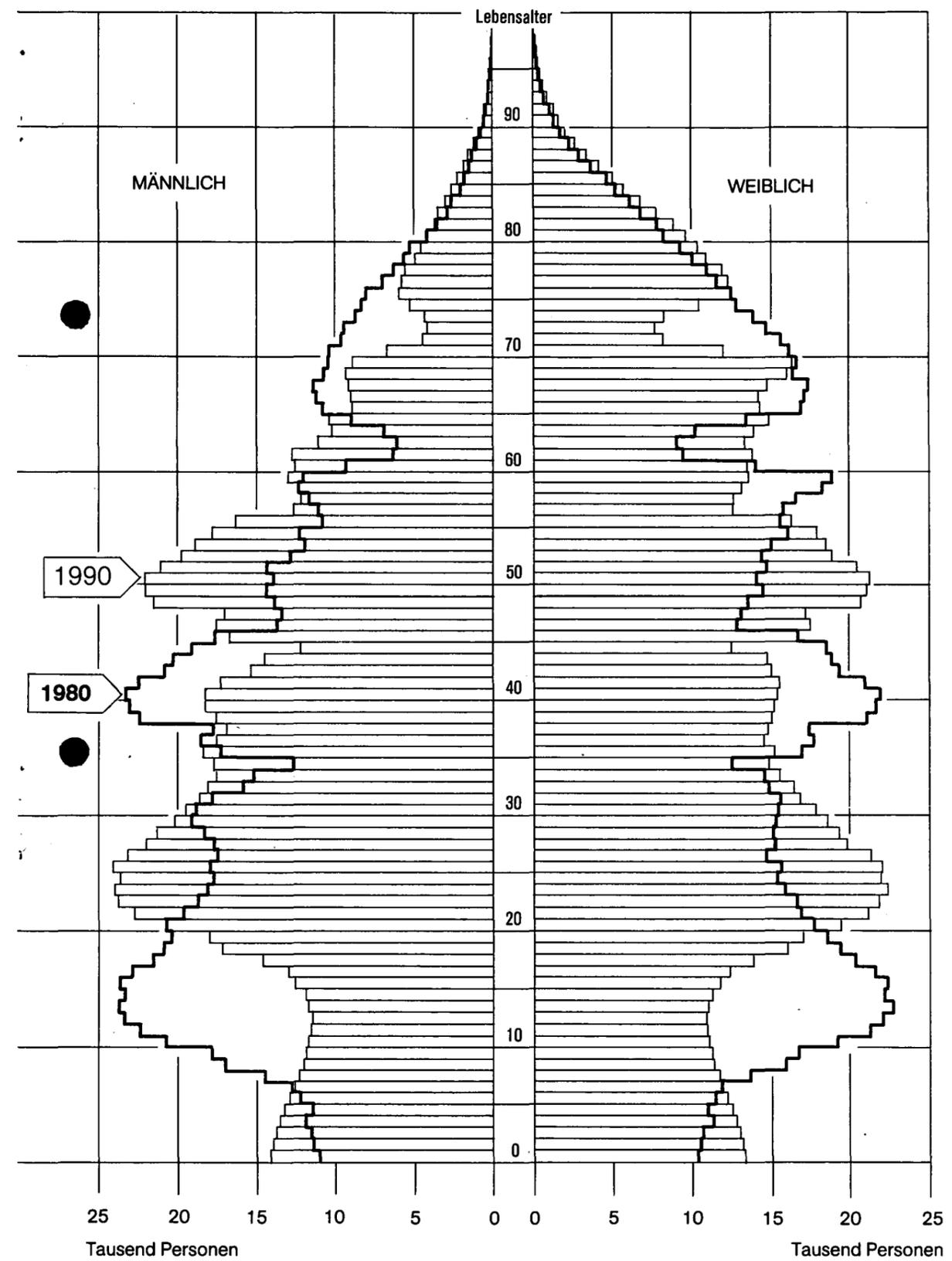
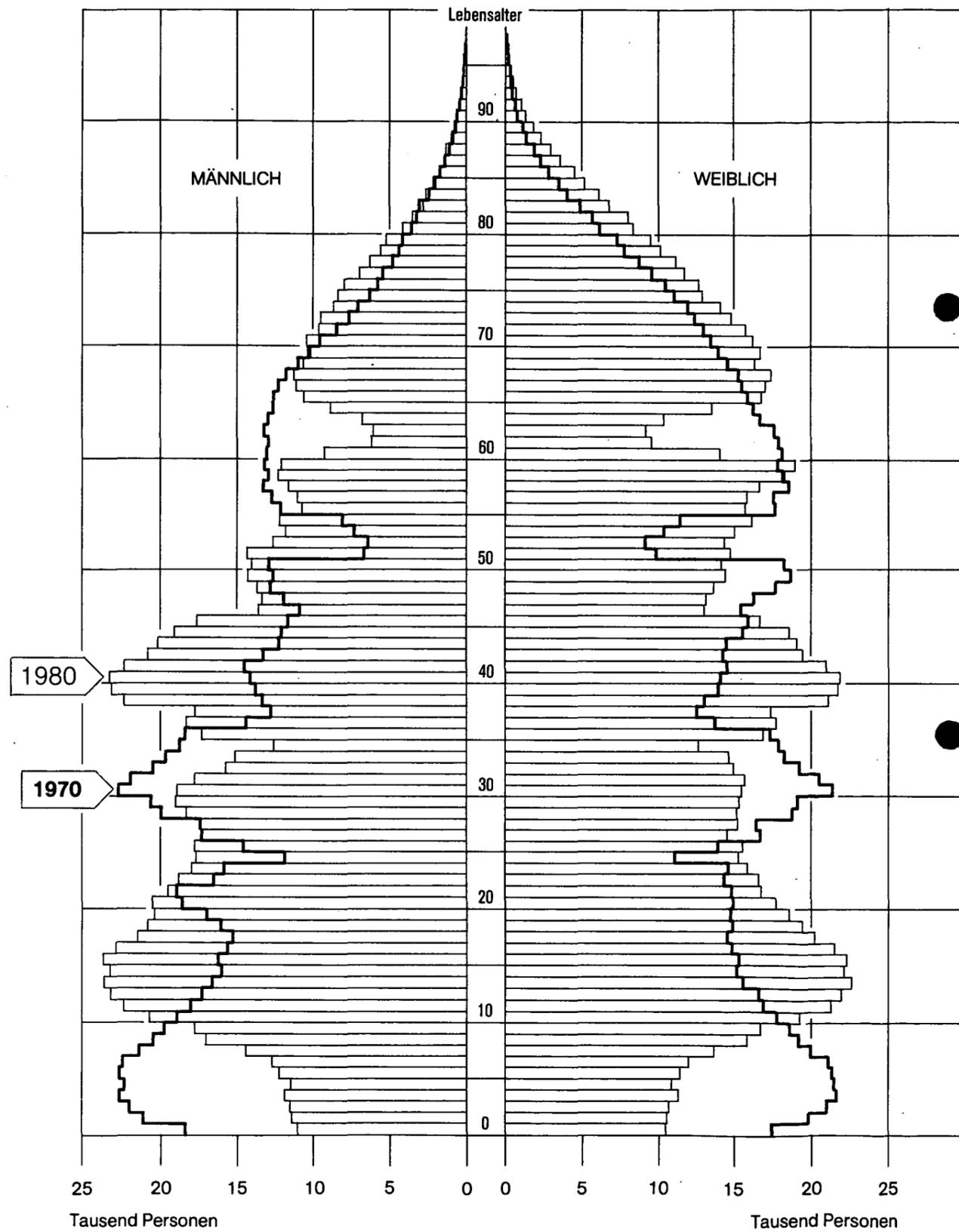
Vergleich 1970 und 1980

27. Mai 1. Januar

Vergleich 1980 und 1990

1. Januar 1. Januar

1970 = VZ
1980 = Fortschreibung
1990 = 5. koord. Bev.Voraus-
schätzung mit Wanderung



Studium im Ausland aufnehmen. Andererseits erschwert es aber die geringe Wirtschaftskraft eines Staates, ein Studium im Ausland zu finanzieren, sei es, daß der Student selbst die Kosten dafür nicht aufbringen kann, sei es, daß der Staat keine finanziellen Unterstützungen gewähren kann. Für ein reiches Land können die Auswirkungen auf das Wanderungsverhalten der Studenten mit umgekehrten Vorzeichen abgeleitet werden.

Aber auch das Studienland mit seinen wirtschaftlichen Gegebenheiten muß für die Erklärung der Quote ausländischer Studenten herangezogen werden. Ein Land mit einem relativ niedrigen Preisindex für die Lebenshaltung wird sicher bevorzugt für ein Auslandsstudium gewählt, vor allem dann, wenn dazu noch der Arbeitsmarkt so strukturiert ist, daß auch für ausländische Studenten günstige Verdienstmöglichkeiten bestehen.

Neben der geographischen und wirtschaftlichen Lage des Studien- und Herkunftslandes wirken auch die politischen und kulturellen Beziehungen der betroffenen Staaten auf die Entscheidung eines Studenten, sein Studium in einem fremden Land aufzunehmen oder fortzusetzen. Schließlich spielen auch soziale Bedürfnisse der ausländischen Studenten für die Wahl einer Hochschule in einem anderen Land eine Rolle. Das kann sich darin äußern, daß an Hochschulen, wo bereits einige Studenten eines Landes immatrikuliert sind, immer mehr Landsleute folgen. Dieses Zusammengehörigkeitsbedürfnis wird den persischen und arabischen Studenten nachgesagt.

Ausländische Studenten nach Fächergruppen

Die oben angeführten Bestimmungsgründe für ein Auslandsstudium lassen sich hier nicht genauer quantifizieren. Dagegen kann der Studieninhalt als Entscheidungsfaktor für Ausländer, z. B. in Schleswig-Holstein zu studieren, schon eher aufgezeigt werden. Auf die mangelnde Attraktivität eines Lehrerstudiums für Ausländer an den beiden pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg ist schon hingewiesen worden. Dort kann allenfalls das Deutschstudium der Dänen in Flensburg herausgehoben werden, die vielleicht später an einer der privaten Schulen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein unterrichten wollen. Wenig Interesse zeigen Ausländern auch an einem Studium der Rechtswissenschaften und Theologie, zwei der sieben Fakultäten an der Universität Kiel. Der Ausländeranteil an der Studentenschaft in diesen beiden Fächergruppen betrug nicht einmal

1 %. Das liegt sicher daran, daß die Inhalte eines Jurastudiums besonders deutlich durch die historischen, kulturellen, sozialen und aktuell politischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Studienlandes geprägt sind und daher für die Rechtsprechung in anderen Ländern unverändert nicht angewendet werden können. Hinzu kommt das gleiche Argument wie für den Lehrerberuf, wenn nämlich ein ausländischer Jurist bei uns in den öffentlichen Dienst übernommen werden will. Das Studium der Theologie in einem christlichen Land ist zumindest für alle Studienberechtigten aus Ländern anderen Glaubens ähnlich problematisch wie das Jurastudium.

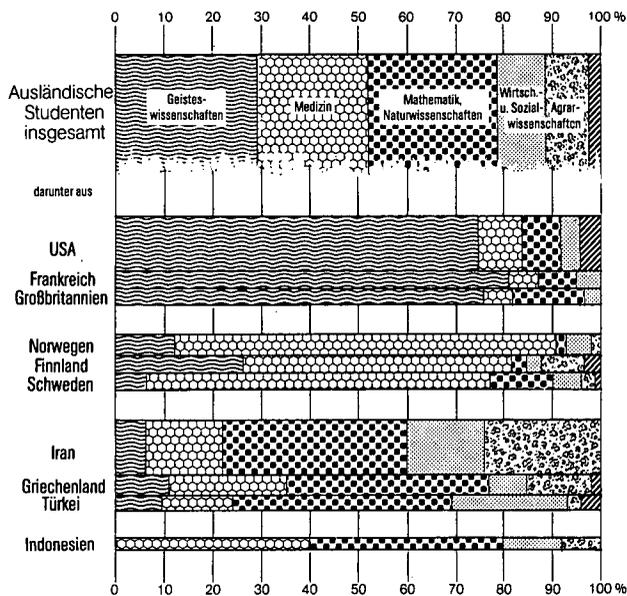
Die meisten der 751 Ausländer an der Kieler Universität und der Medizinischen Hochschule Lübeck – nämlich 218 Studenten oder 29 % – waren in den Geisteswissenschaften eingeschrieben. Das entspricht einer Ausländerquote in dieser Fächergruppe von 6,7 %, die damit über dem Wert von 5,5 % für beide Hochschulen insgesamt liegt. Das mit 204 ausländischen Studenten (27 %) zweitgrößte Kontingent immatrikulierte sich in den Naturwissenschaften, was dort zu einem Ausländeranteil von 6,0 % führte. Mit einem Anteil von 7,5 % waren die 171 Ausländer (23 %), die Medizin studierten, in dieser Fakultät besonders reichlich vertreten. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hörten 74 Ausländer (10 %), die dort 6,5 % aller Einschreibungen ausmachten. Außer in Theologie und Rechtswissenschaften errechnete sich auch für die 70 ausländischen Studenten (9 %) in den Agrarwissenschaften mit 4,7 % ein unterdurchschnittlicher Anteilswert.

Studenten bestimmter Staaten bevorzugen bestimmte Studieninhalte. Das kann der folgenden Tabelle entnommen werden, die für die Universität Kiel und Medizinische Hochschule Lübeck die Verteilung der Studenten aus den wichtigsten „Importländern“ nach Fächergruppen wiedergibt. Die wenigen ausländischen Studenten, die Theologie und Rechtswissenschaften studierten, sind nur in der Ingesamtzahl enthalten.

Die in der Tabelle aufgeführten Länder können in drei Gruppen eingeteilt werden. Zu der einen gehören die USA, Frankreich und Großbritannien. Die Studenten aus diesen Staaten bevorzugen deutlich Studiengänge in den philosophischen Wissenschaften. Im Sommersemester 1981 waren 136 (62 %) von den 218 in dieser Fächergruppe immatrikulierten Ausländern in einem der drei genannten Länder beheimatet. Die Tabelle zeigt die hohen Anteilswerte der Studenten aus Frankreich (81 %), Großbritannien (76 %) und den

Was studieren die Ausländer?

Anteile der Fächergruppen unter den ausländischen Studenten ausgewählter Nationalitäten an der Universität Kiel und Medizinischen Hochschule Lübeck im Sommersemester 1981



USA (75%) in den Geisteswissenschaften an der Gesamtzahl der immatrikulierten Landsleute. Diese Länder der westlichen Industriemacht verfügen über ein ausreichendes eigenes Bildungsangebot. Daß dennoch relativ viele Studenten aus diesen Ländern Geisteswissenschaften in Kiel studieren und dabei im Falle der USA sogar einen Kontinentwechsel mit allen Folgen nicht scheuen, mag daran liegen, daß deutsche Sprache, Geschichte und Kultur vor Ort studiert werden soll. Diese Überlegungen sind in einigen Fällen sogar in Studienordnungen umgesetzt. Für englische Studenten der Germanistik ist es z. B. Pflicht, daß sie mindestens ein Semester dieses Fachs an einer deutschen Hochschule studieren, wobei ihnen der Auslandsaufenthalt vom Heimatland finanziert wird. Deutsche Sprachkenntnisse sind für ausländische Studenten der Geisteswissenschaften wichtiger als bei einem naturwissenschaftlichen Studium, wo häufig die Kommunikation mittels mathematischer Symbole und Formeln möglich ist. Studenten aus den USA, Frankreich und Großbritannien bringen in vielen Fällen Kenntnisse der deutschen Sprache schon aus der Schule mit und sind damit besser auf ein Studium der Geisteswissenschaften an deutschen Hochschulen vorbereitet als Studenten aus Ländern, in denen die deutsche Sprache nicht oder kaum unterrichtet wird. Hinzu kommt, daß zwischen den EG-Ländern und der Bundesrepublik „Äquivalenzvereinbarungen“ bestehen, d. h. Abkommen über die gegenseitige Anerkennung

von Prüfungen, so daß insoweit der Beruf später auch im Heimatland ausgeübt werden kann. Das kann z. B. für Franzosen und Engländer Anlaß sein, in Kiel sich für das Lehramt an Gymnasien einzuschreiben, für das sich im Gegensatz zu den anderen Lehrerberufbahnen relativ viele Ausländer immatrikulierten. Für das Lehramt an Gymnasien ist das Studium auf zwei Studienfächer spezialisiert. Vom Studieninhalt können die Fächer so kombiniert werden, daß sie dem Interessengebiet des Ausländers entgegenkommen. Eine spezielle Erklärung steht hinter der relativ hohen Zahl der Studenten aus den Vereinigten Staaten. Zwischen der Christian-Albrechts-Universität und mehreren Universitäten der USA bestehen sogenannte Gruppenprogramme. Darin ist unter anderen geregelt, daß z. B. die State University, Pennsylvania, mit der Kiel erst im letzten Jahr eine Partnerschaft geschlossen hat, für ein Semester eine Gruppe von etwa 30 Studenten an die Förde zum Studieren entsendet.

Die zweite Gruppe setzt sich aus den skandinavischen Ländern Norwegen, Finnland und Schweden zusammen. Studenten aus diesen Staaten studierten vorzugsweise Medizin. Von den 171 in der medizinischen Fakultät eingeschriebenen Ausländern kamen 75 (44%) aus einem der drei nordeuropäischen Länder. Ähnlich wie mit den EG-Ländern hat die Bundesrepublik auch mit diesen skandinavischen Staaten ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium getroffen. Das bedeutet, daß die Studenten aus diesen Ländern nicht wie sonst erforderlich, zur Vorbereitung für das Hochschulstudium ein Studienkolleg besuchen müssen, sondern in der Bundesrepublik — und hier besonders gern in dem für sie günstig gelegenen nördlichen Teil — das Studium direkt aufnehmen können. Studenten aus Norwegen, Finnland und Schweden erhalten zudem vom Staat zinsgünstige Darlehen für ein Auslandsstudium. In diesen Ländern besteht vor allem für das Medizinstudium ein Numerus clausus, während dort andere Studiengänge, für die bei uns Zulassungsbeschränkungen erlassen sind, jedem Studenten offenstehen. Das Auswahlverfahren für die Vergabe von Studienplätzen in Medizin an deutschen Hochschulen sieht vor, daß vorweg 6% der verfügbaren Studienplätze an ausländische Studenten zu vergeben sind, die damit nicht mit den einheimischen Studenten konkurrieren müssen. Das Zusammentreffen dieser Faktoren mag den hohen Anteil der skandinavischen Studenten in Medizin erklären. Auf der anderen Seite erklärt sich die geringe Nachfrage der Dänen nach einem Studienplatz z. B. in Schleswig-Holstein durch das ausreichende Studienangebot auch für ein Medizinstudium im Heimatland.

Zur dritten Ländergruppe gehören Iran, Griechenland, die Türkei und Indonesien, wobei für die Studenten aus diesen Ländern eine solche einseitige Konzentration auf eine Fächergruppe wie bei den vorher behandelten Ausländern nicht festgestellt werden kann. Aber dennoch bevorzugen auch die Studenten aus diesen Staaten, die nicht gerade zu den reichsten Ländern zählen, bestimmte Studieninhalte. Bevorzugt werden einmal die Naturwissenschaften. In dieser Fächergruppe studierten im Sommersemester 1981 204 Ausländer, unter denen 82 Studenten (40 %) aus Iran, Griechenland, der Türkei oder Indonesien kamen. Das kann unter anderem dadurch erklärt werden, daß für diese Nationen immer noch ein Nachholbedarf an hochqualifizierten Technikern besteht, der im jetzigen Entwicklungsstand dieser Länder nicht voll durch eigene Bildungseinrichtungen gedeckt werden kann. Ähnliche Überlegungen begründen die Beobachtung, daß Studenten aus der genannten dritten Ländergruppe auch gern Medizin studieren, wobei allerdings die einzelnen Anteile dieser vier Nationen stärker schwanken als in den anderen herausgestellten Fächergruppen, nämlich zwischen 16 % (Iran) und 40 % (Indonesien). Doch ist andererseits der Anteil der Studenten der dritten Ländergruppe im Medizinstudium, gemessen an allen dort eingeschriebenen Ausländern mit 24 % lange nicht so groß wie in den Naturwissenschaften (40 %), den Wirtschaftswissenschaften (42 %) oder gar in den Agrarwissenschaften (50 %). Diese beiden Fächergruppen studieren vor allem die Perser gern, von denen 16 % für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und 25 % für Agrarwissenschaften eingeschrieben waren. Fast jeder vierte Türke studierte Wirtschaftswissenschaften.

Das vielfältigere Interesse der Perser, Griechen, Türken und Indonesier an einem Auslandsstudium kann teilweise auch damit erklärt werden, daß Studenten aus noch nicht so hoch entwickelten Ländern unter anderem dann vom eigenen Staat Stipendien erhalten, wenn sie im Ausland ein Studium aufnehmen, das für die technische, medizinische und wirtschaftliche Entwicklung des Heimatlandes von Bedeutung ist. Aber gerade am Beispiel persischer Studenten muß auf einen zusätzlichen Grund hingewiesen werden, der oft zu einem Auslandsstudium führt und weniger durch Studieninhalte erklärt werden kann. Das sind die politischen Verhältnisse im Heimatland, die so geartet sein können, daß u. a. auch der Student gut daran tut, solange ins Ausland zu gehen, bis andere Verhältnisse ihm die Rückkehr ermöglichen.

Die Verteilung der Ausländer an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein ist hinsichtlich Herkunftsland

und Studieninhalt durch eine noch stärkere Konzentration als an den beiden vorher behandelten wissenschaftlichen Hochschulen geprägt. Die 311 Ausländer waren in weit über 50 verschiedenen Staaten beheimatet, aber 208 von ihnen oder 67 % kamen aus nur sechs Ländern, nämlich aus Iran (26 %), Algerien (14 %), Türkei (13 %), Indonesien (6 %), Venezuela (5 %) und Afghanistan (3 %).

Die Fachhochschulen Schleswig-Holsteins bieten das Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Kunstwissenschaften, der Agrarwissenschaften, aber vor allem und zum weitaus größten Teil das der Ingenieurwissenschaften an, was auch im großen Maße die Ausländer nutzen. Fast 90 % aller ausländischen Fachhochschulstudenten waren in dieser Fächergruppe immatrikuliert, so daß die Ausländeranteile in den anderen drei Fächergruppen sehr gering ausfielen und damit vernachlässigt werden können. Kombiniert man die hier skizzierten Häufigkeitsverteilungen, so zeigt sich, daß von den rd. 280 Ausländern in den Ingenieurwissenschaften gut 200 (73 %) in einem der obengenannten sechs Länder beheimatet waren. Mit dem Iran, der Türkei und Indonesien handelt es sich um die Staatsangehörigkeiten der Studenten, die Naturwissenschaften an der Universität Kiel studierten, so daß die dort genannten Argumente auch hier gelten können. Wie dort, kann auch bei den Ingenieurwissenschaften der hohe Nachholbedarf an technischem Wissen und das zur Zeit noch unzureichende Bildungsangebot im Heimatland Anlaß sein, im Ausland zu studieren. Damit erklärt sich auch die Herkunft der Studenten aus Algerien und Afghanistan, wobei die politischen Verhältnisse im zuletzt genannten Land ein weiterer Anstoß für das Auslandsstudium sein können. Daß Studenten aus Venezuela in Schleswig-Holstein Ingenieurwissenschaften studierten, hat sicherlich seine besonderen, aber hier nicht bekannten Gründe. Dennoch kann aufgrund der Konzentration ausländischer Studenten aus außereuropäischen und wenig entwickelten Ländern gesagt werden, daß die Fachhochschulen mit ihrem umfangreichen ingenieurwissenschaftlichen Studienangebot eine Art Entwicklungshilfe leisten.

Ausblick

Das Ausländerproblem belebt auch die Diskussion über das Ausländerstudium. So ist nicht zu übersehen, daß sich die Gastarbeiterzahl auch auf die Zahl der ausländischen Studenten auswirken wird. Es gibt Hinweise dafür, daß sich die Zahl der türkischen Studenten deshalb erhöhen wird, weil einige aus der zweiten Gene-

ration der zugewanderten Türken in Deutschland die Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Bei dem großen Kontingent an Ausländern aus der Türkei — 1980 lebten knapp 1,5 Mill. Türken im Bundesgebiet und damit 33 % aller Ausländer — ist das ein nicht unbedeutender Faktor für die Größe und Zusammensetzung der ausländischen Studentenschaft an deutschen Hochschulen.

Die Gründe, warum Ausländer in Deutschland nicht oder kaum Jura studieren, sind genannt worden. An der Universität Kiel plant man ein zweisemestriges Jurastudium für Ausländer, das mit dem akademischen Titel des Magisters abschließen soll. Durch solche kurzen Studiengänge könnte dann auch bei den Ausländern das Interesse an den wesentlichen Inhalten deutscher Rechtsprechung gesteigert werden. Andere Empfehlungen zielen in die Richtung, verstärkt Ausländer, die bereits einen Hochschulabschluß im eigenen Land erworben haben, einzuschreiben. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu wissen, ob die Ausländer an deutschen Hochschulen nur kurz oder bis zum erfolgreichen Abschluß studieren wollen. Für die Integration fremder, junger Menschen in unsere Gesellschaft ist dies eine wichtige Frage, auf die die Hochschulstatistik zur Zeit keine Antwort geben kann.

Die politischen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern dieser Welt wirken nicht nur auf die individuelle Entscheidung der Studienberechtigten, anderswo zu studieren, sondern sie veranlassen auch die Politiker, auf das Auswanderungs- und Rückkehrverhalten ihrer Studenten Einfluß zu nehmen. Indonesier, die in Deutschland das Medizinstudium erfolgreich beendet haben, müssen bei Rückkehr in ihre Heimat fünf Jahre lang auf einer von ihnen nicht immer ausgewählten Insel ärztlichen Dienst leisten. Auch im Studienland gibt es Änderungen: In jüngster Zeit sind die Bewertungen von Bildungsnachweisen aus Indonesien, Iran, Griechenland, Spanien und Türkei geändert worden, was im Falle Griechenlands auch wegen des Eintritts in die EG nötig wurde. Ab 1981 müssen z. B. alle persischen Studienbewerber für ein Studium an der Christian-Albrechts-Universität den Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an einer interuniversitären Hochschulaufnahmeprüfung im Iran erbringen. Seit der Machtübernahme Chomeinis sind allerdings alle Hochschulen in Persien geschlossen.

Friedrich-Karl Wormeck

Die Wohnverhältnisse in Schleswig-Holstein und im Bund

— Weitere Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1978 —

Zur Beurteilung der Wohnungsversorgung der Familien und Haushalte fehlen verlässliche aktuelle Daten. Selbst wenn das Volkszählungsgesetz demnächst verabschiedet werden sollte und dann, wie darin vorgesehen, 1983 außer der Bevölkerung und den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten auch die Gebäude und Wohnungen gezählt würden, wären die Daten kaum vor 1985 verfügbar. Die Ergebnisse der 1%-Wohnungsstichprobe von 1978 behalten deshalb noch einige Jahre lang ihre Bedeutung, auch wenn sie wegen des großen zeitlichen Abstands von der Auswahlgrundlage (Volkszählung 1970) und von der letzten Totalerfassung (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) trotz

aller Bemühungen zur Einbeziehung auch der Neubaugebiete nur begrenzt aussagefähig sind. Sie können lediglich als durchschnittliche Zahlen für das Gesamtbild angesehen werden und sind unterhalb der Landesebene nicht weiter regionalisierbar. Die Absolutzahlen der Wohnungen, Gebäude und Haushalte sind ungesichert, weil nicht nachgeprüft werden kann, ob exakt ein Prozent der Auswahlgrundlage in die Stichprobe gelangte. Verlässlich aber dürften die Strukturzahlen wie Belegungsdichte, durchschnittliche Wohnungsgröße, Durchschnittsmiete u. ä. sein. Die Methode wurde in den bisher in dieser Zeitschrift erschienenen Aufsätzen zur Wohnungsstichprobe 1978

bereits dargestellt¹, dieser Beitrag legt aus der Fülle des Materials weitere Daten vor, insbesondere im Vergleich mit der Situation des gesamten Bundesgebietes (einschließlich West-Berlin).

Von wesentlicher Bedeutung für die Versorgung der Haushalte und Familien mit Wohnraum ist der Anteil der Einfamilienhäuser (genauer: nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude mit einer Wohnung), weil diese Wohnungen in der Regel groß und zumeist auch jünger sind: 1978 hatten die Einfamilienhäuser in Schleswig-Holstein eine mittlere Wohnfläche von 105 qm und wurden zu 77 % nach 1948 gebaut, während die übrigen Wohnungen eine Durchschnittsfläche von nur 70 qm hatten und zu 68 % zu den Baujahren 1949 und später gehörten. Der Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern an allen Wohnungen liegt mit rd. 35 % in Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt (rd. 23 %) und wird nur noch von Rheinland-Pfalz mit gut 36 % leicht übertroffen.

Der Wohnwert des Einfamilienhauses ist nicht nur wegen der im Durchschnitt größeren Wohnfläche und des geringeren Baualters, wegen des größeren Abstandes zu den Nachbarwohnungen und der Verfügung über Grundstücksflächen besonders hoch, sondern für die meisten Haushalte in den Einfamilienhäusern ist damit auch der Wunsch nach den eigenen vier Wänden erfüllt. In Schleswig-Holstein wohnte man 1978 in den Einfamilienhäusern nur zu 15 % zur Miete, die meisten Wohngebäude mit einer Wohnung sind also auch Eigenheime. Die nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäude mit zwei Wohnungen enthielten zu 48 % vom Eigentümer selbst genutzte Wohnungen, können also ebenfalls überwiegend als Eigenheime (mit Einliegerwohnung) bezeichnet werden. Das Zweite Wohnungsbaugesetz, seit 1956 Grundlage des Wohnungsbaus in der Bundesrepublik, bestimmt in seinem § 1, daß die Förderung des Wohnungsbaus überwiegend der Bildung von Einzeleigentum (Familienheimen² und eigengenutzten Eigentumswohnungen) dienen soll. Der Anteil der Haushalte in eigener Wohnung (Eigentümerhaushalte) an

allen Haushalten ist daher eine wohnungspolitisch bedeutsame Quote.

Im Bundesgebiet wohnten 1978 36 %, in Schleswig-Holstein 41 % aller Haushalte in den eigenen vier Wänden. Unter den sieben Flächenländern nimmt Schleswig-Holstein damit den Mittelplatz ein. Da im Bund wie im Land der Anteil der Untermieterhaushalte bei nur 3 % liegt, ergeben sich die Anteile der Hauptmieterhaushalte — der dritten hier zu nennenden Kategorie — nahezu direkt als Komplement zu den Eigentümerquoten.

Wenn man die Haushalte nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes gliedert und auch die Ergebnisse der Wohnungsstichprobe von 1972 in die Betrachtung einbezieht, dann werden die zu erwartenden Abweichungen und Veränderungen in der Eigentümerquote deutlich: Die schleswig-holsteinischen Haushalte mit einem Selbständigen als Vorstand lebten 1978 wie schon 1972 zu drei Vierteln in den eigenen vier Wänden. Die Haushalte der Beamten und Angestellten bewohnten 1978 im Vergleich zu 1972 in deutlich höherer Zahl die eigene Wohnung. Die Nichterwerbstätigen und die Arbeiter konnten ihre Eigentümerquote zwischen 1972 und 1978 nur leicht erhöhen. Im Bundesgebiet sind wegen der vergleichsweise dichteren Bebauung die Eigentümerquoten durchweg niedriger als in Schleswig-Holstein, aber sie stehen nach sozialer Stellung wie auch im Zeitvergleich zueinander in ähnlicher Relation.

Anteil der Eigentümerhaushalte an allen Haushalten¹ in %

Soziale Stellung	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	1972	1978	1972	1978
Selbständiger	74,7	74,7	66,8	67,1
Beamter/Angestellter	33,7	43,3	28,8	35,5
Arbeiter	35,9	37,3	31,1	34,1
Nichterwerbstätiger	32,6	34,7	30,3	31,5
Zusammen	37,9	41,4	33,5	36,1

1) in Gebäuden und Unterkünften, einschl. Untermieterhaushalte

1) Die Wohnverhältnisse im April 1978, Heft 5/1980; Ausgewählte Ergebnisse der Wohnungsstichprobe 1978, Heft 4/1981

2) Familienheime sind Eigenheime und Kleinsiedlerstellen mit Wohngebäuden und vorwiegend gartenbaumäßiger Landnutzung zur fühlbaren Ergänzung des sonstigen Einkommens

Eine Untersuchung, wie sich die Erhöhung der Eigentümerquote in den verschiedenen Einkommensgrößenklassen vollzogen hat, stößt auf die Schwierigkeit, daß die Angaben der Haushalte zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1972 und 1978 zwar nominal, nicht aber real vergleichbar sind. Eine Deflationierung mit Hilfe eines geeigneten Index

bietet sich nicht an, weil bereits im Fragebogen beider Erhebungen Einkommensklassen vorgegeben wurden und eine Umrechnung der Daten nur innerhalb der Klassenober- und -untergrenzen möglich wäre. Die per Index errechneten neuen Klassengrenzen wären mit denen des Vergleichsjahres nicht kongruent.

Es bietet sich statt dessen an, für die Wohnungstichproben 1972 und 1978 die Zentralwerte und die Quartile zu berechnen, d. h. diejenigen Einkommenswerte zu ermitteln, zwischen denen jeweils ein Viertel aller Haushalte dem Einkommen nach einzuordnen ist. Diese nach der relativen Lage zum Zentralwert gruppierten Klassen beider Erhebungen sind miteinander vergleichbar. Nun hat sich allerdings zwischen 1972 und 1978 die Zusammensetzung der Haushalte nach ihrer Größe verändert mit der Tendenz der Zunahme der Zahl der kleineren Haushalte. Infolgedessen kann ein Haushalt, dessen Einkommen sich exakt gemäß der allgemeinen Entwicklung erhöht hat, zwischen 1972 und 1978 ein Quartil überschritten haben.

Die Tabelle macht deutlich, daß der Anteil der Haushalte in eigener Wohnung im unteren Viertel wie in der unteren Hälfte der Einkommenspyramide 1978 gegenüber 1972 in Schleswig-Holstein nahezu unver-

ändert geblieben ist. Wohnungseigentum haben in diesem Zeitraum in erster Linie also jene Haushalte gebildet, die überdurchschnittliche Einkünfte erzielten. Das Viertel der Haushalte mit den höchsten Einkommen hat auch die mit zehn Prozentpunkten höchste Steigerung der Eigentümerquote zu verzeichnen. Als Umkehrschluß dazu darf vermutet werden, daß die zahlreichen Fälle ohne Einkommensangabe wegen ihrer hohen Eigentümerquote größtenteils zu den Spitzenverdienern gehören und das Ergebnis nicht zugunsten einer breiter gestreuten Bildung von Wohnungseigentum verändern würden. Auch im Bundesgebiet sind zwischen 1972 und 1978 vor allem die besser verdienenden Haushalte in die eigenen Wohnungen umgezogen, bei den Haushalten mit unterdurchschnittlichem Einkommen war die Veränderung der Eigentümerquote nur wenig günstiger als in Schleswig-Holstein.

Daß Schleswig-Holstein einen höheren Anteil an Einfamilienhäusern und an Eigentümerwohnungen hat als der Bund, muß nicht unbedingt bedeuten, daß den Schleswig-Holsteinern im Durchschnitt auch mehr Wohnfläche und mehr Räume zur Verfügung stehen, denn die Belegungsdichte (Personen je Wohnung) lag 1978 in den Eigentümerwohnungen Schleswig-

Der Anteil der Eigentümerhaushalte an allen Haushalten¹ nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1972 und 1978

Einkommensgliederung der Haushalte nach Quartilen ²	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet	
	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM				Haus- halte	Anteil der Eigentümerhaushalte		1972	1978
	1972	1978	1978	1972		1978			
	in DM				In	in %			
				1 000					
Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen liegt ...									
unter dem 1. Quartil	unter 762	unter 1 195	unter 1 208	220	24,2	24,0	22,7	23,0	
unter dem 2. Quartil	unter 1 205	unter 1 831	unter 1 788	441	28,2	28,3	25,5	26,5	
unter dem 3. Quartil	unter 1 764	unter 2 619	unter 2 555	661	31,1	32,8	28,0	29,8	
unter dem 1. Quartil	unter 762	unter 1 195	unter 1 208	220	24,2	24,0	22,7	23,0	
zwischen 1. und 2. Quartil	762-1 205	1 195-1 831	1 208-1 788	220	32,1	32,7	28,4	30,0	
zwischen 2. und 3. Quartil	1 205-1 764	1 831-2 619	1 788-2 555	220	37,1	41,8	33,0	36,5	
über dem 3. Quartil	über 1 764	über 2 619	über 2 555	220	51,0	61,2	43,1	50,2	
zusammen				881	36,1	39,9	31,8	34,9	
Ohne Einkommensangabe				61	67,3	62,7	58,4	57,1	
Insgesamt				943	37,9	41,4	33,5	36,1	

1) in Gebäuden und Unterküften, einschließlich Untermieterhaushalte

2) Die 3 Quartile teilen die Gesamtzahl der Haushalte ihrer Anzahl nach in Viertel. Das mittlere Quartil ist der Zentralwert

Ausgewählte Durchschnittswerte zu Größe, Raumzahl und Belegung der Wohnungen

Merkmal	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	1972	1978	1972	1978
Räume je Wohnung	4,2	4,5	4,2	4,5
Räume je Person	1,5	1,8	1,5	1,7
Personen je Wohnung	2,8	2,6	2,8	2,6
Fläche je Wohnung in qm	72	80	75	81
Fläche je Person in qm	25,8	31,2	26,4	31,1

Holsteins mit 2,9 um rd. ein Drittel höher als in den Mietwohnungen.

Schleswig-Holstein hatte 1978 wie 1972 dieselben durchschnittlichen Raum- und Personenzahlen je Wohnung wie der Bund, und auch die Verbesserung der Raumzahl je Person war in Bund und Land nahezu gleich. Bei der Fläche je Wohnung hat Schleswig-Holstein 1978 den Anschluß an den Standard des Bundesgebietes gefunden, bei der Fläche je Person hat sie ihn sogar leicht übertroffen.

Die Verbesserung der Wohnsituation der Haushalte beschränkte sich nicht nur auf die Wohnungsgröße nach Fläche und Raumzahl, sondern galt auch für die Ausstattung. Der Wohnstandard ist im Land deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. In Schleswig-Holstein hatten 1978 fast drei Viertel aller Wohnungen (72 %) sowohl Sammelheizung als auch Bad und WC, 1972 waren nur wenig mehr als die Hälfte der Wohnungen (53 %) so ausgestattet gewesen. Im Bund lag dieser Anteil 1978 bei 59 %. Die Ofenheizung spielt hierzulande nur noch eine geringe Rolle: in Schleswig-Holstein wurde 1978 nur noch jede fünfte, im Bund immerhin noch jede dritte Wohnung mit Ofen beheizt. Doppelverbundfenster oder Isolierverglasung besaßen 1978 im Land 51 %, im Bundesgebiet nur 43 % der Wohnungen. Der Anteil der Wohnungen mit

Warmwasserversorgung war zwar mit 93 % im Bund und im Land gleich hoch, im Bund aber wurde das in jeder zweiten Wohnung (Land nur 36 %) durch Einzelgeräte und nicht durch zentrale Versorgung für die gesamte Wohnung oder fürs Gebäude erreicht.

Daß der Wohnstandard in Schleswig-Holstein deutlich höher ist als im Bundesgebiet, kann nicht allein auf die höhere Eigentümerquote zurückgeführt werden, denn es gilt auch für die Mietwohnungen. Der Anteil der Mietwohnungen mit sowohl Sammelheizung als auch Bad und WC an allen bewohnten Mietwohnungen lag 1978 in Schleswig-Holstein mit 68 % weit über dem Bundeswert (57 %). Das ist darauf zurückzuführen, daß hierzulande mehr als drei Viertel aller Mietwohnungen Sammelheizung hatten, während es im Bund nur 61 % waren. Ein Bad hatten 1978 im Bund (88 %) wie im Land (86 %) die meisten Mietwohnungen, dasselbe gilt für das WC in der Wohnung (Bund: 93 %, Land: 88 %). Mit modernen Fenstern waren in Schleswig-Holstein 42 %, im Bundesgebiet 39 % der Mietwohnungen ausgestattet. Hierzulande wurde 1978 jede zweite Mietwohnung zentral für die Wohnung oder fürs Gebäude mit warmem Wasser versorgt, im Bundesgebiet waren das nur 41 %.

Bei in Bund und Land etwa gleichen Wohnungsgrößen, einer in Schleswig-Holstein besseren qualitativen Ausstattung der Wohnungen und bei etwa vergleichbaren Haushaltseinkommen ist allerdings eine etwas höhere Mietbelastung der Hauptmieterhaushalte in Schleswig-Holstein der Preis für den höheren Komfort. Die durchschnittliche (Zentralwert) Belastung der Nettoeinkommen aller Mieterhaushalte lag 1978 bei 17,3 % gegenüber 15,6 % im Bundesgebiet. 1972 wie auch 1978 war die Belastung der Ein- und Zweipersonenhaushalte mit 16,1 und 18,1 % vergleichsweise höher als bei den größeren Haushalten Schleswig-Holsteins (1972: 14,1 %, 1978: 15,9 %).

Bernd Struck

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 – 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.
p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.
Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

34. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1982

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981				
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 595	2 605	2 611	2 611	2 611	2 620	2 619	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 089	1 122	1 195	812	1 066	1 235	1 229	773	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,0	5,2	5,4	3,8	4,8	5,7	5,5	3,6	...	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	1 901	2 045	2 152	1 807	2 099	2 102	2 029	1 911	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	9,4	9,7	8,4	9,5	9,8	9,1	8,9	...	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 617	2 607	2 604	2 455	2 852	2 488	2 710	2 706	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,1	12,0	11,7	11,4	12,9	11,6	12,2	12,6	...	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	25	23	23	17	25	19	28	20	...	
*	je 1 000 Lebendgeborene	13,0	11,4	10,7	9,4	11,9	9,0	13,8	10,5	...	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 716	- 561	- 452	- 648	- 753	- 386	- 681	- 795	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 3,3	- 2,6	- 2,0	- 3,0	- 3,4	- 1,8	- 3,1	- 3,7	...	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 397	6 678	7 883	5 526	5 331	6 759	7 069	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 038	5 094	6 718	4 652	4 513	6 496	6 671	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+1 359	+1 584	+1 165	+ 874	+ 818	+ 263	+ 398	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 129	10 428	12 365	10 308	9 889	10 404	11 251	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 564	22 200	26 966	20 486	19 733	23 659	24 991	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	147	150	177	143	134	158	163	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	39	39	40	46	53	59	68	77	86	
darunter *Männer	1 000	18	19	18	22	28	31	36	43	50	
Kurzarbeiter	1 000	2,6	1,8	1,8	4,1	5,3	6,3	6,8	10,7	13,9	
darunter Männer	1 000	1,9	1,1	1,0	2,4	3,6	4,7	5,3	8,6	11,7	
Offene Stellen	1 000	12,2	11,8	9,4	8,3	7,8	5,9	4,6	4,0	3,5	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 552 ^a	1 553 ^a	.	.	1 553	.	.	.	p 1 544	
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	511 ^a	520 ^a	.	.	520	.	.	.	p 525	
*Schweine	1 000	1 854 ^a	1 807 ^a	.	.	1 807	.	.	.	p 1 758	
darunter *Zuchtsauen	1 000	201 ^a	199 ^a	.	.	199	.	.	.	p 187	
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	134 ^a	.	.	134	.	.	.	p 127	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	41	71	49	41	47	60	45	38	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	256 ^b	259 ^c	285	260	259	232	252	254	233	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	5	4	4	8	7	2	4	8	6	
*Schlachtmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,9	32,2	43,3	33,6	31,5	32,2	37,4	31,7	28,5	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,6	11,5	20,4	12,8	11,1	13,7	17,2	11,7	10,1	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	20,1	20,5	22,7	20,5	20,2	18,3	20,0	19,9	18,2	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	285	295	273	277	293	292	269	267	
Kälber	kg	103	101	102	99	106	101	108	100	99	
Schweine	kg	80	80	81	82	80	80	80	81	80	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	142	127	73	119	80	132	126	123	149
	für Masthühnerküken	1 000	1 082	1 099	1 004	1 074	1 095	1 019	1 081	1 088	1 196
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	970	927	1 100	835	1 000	965	965	872	936	
*Milcherzeugung											
1 000 t		199	205	164	166	190	159	166	168	189	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	97	94	95	96	95	95	96	96	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,7	13,0	10,3	10,8	11,9	10,2	10,3	10,8	11,7	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1979/80 = 6 c) Winterhalbjahr 1980/81 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	180	183	185	184	182	181	181	180	177
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	128	130	131	130	128	127	127	126	124
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 853	19 117	20 996	19 271	17 659	19 085	19 531	18 737	17 199
*Löhne (brutto)	Mill. DM	281,3	308,4	314,0	390,4	326,3	304,3	309,2	391,2	324,3
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	163,0	180,5	172,0	239,1	205,9	181,6	178,7	255,6	212,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 244	1 395	1 336	1 858	1 623	1 458	1 373	1 452	2 024
aus dem Inland	Mill. DM	930	1 010	1 017	1 467	976	1 039	977	1 049	999
aus dem Ausland	Mill. DM	314	385	318	391	647	419	396	403	1 025
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 381	2 595	2 864	2 617	2 990	2 989	3 031	2 868	2 920
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 009	2 174	2 428	2 220	2 342	2 478	2 482	2 320	2 355
Auslandsumsatz	Mill. DM	372	421	436	397	648	512	548	547	565
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	30	41	39	45	31	31	35	28
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	30,8	29,3	31,3	32,6	27,3	36,8	40,7	37,7	34,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	2,4	1,1	1,0	1,0	1,0	0,3	0,3	0,3	0,3
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,5	28,2	30,3	31,6	26,2	36,6	40,4	37,4	34,3
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	105	94	93	112	67	102	88	66
*Leichtes Heizöl	1 000 t	19	14	12	14	15	8	11	12	15
*schweres Heizöl	1 000 t	86	91	82	78	97	59	91	76	51
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	215	225	246	232	231	229	250	225	218
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	40	43	41	30	39	39	46
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 160	57 610	57 999	57 307	56 476	54 400	52 958	51 554	49 926
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 486	6 582	8 211	6 763	4 323	7 509	6 943	5 648	3 232
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 024	2 971	3 591	3 057	2 000	3 233	2 983	2 461	1 399
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 078	1 179	1 501	1 194	777	1 352	1 248	1 043	656
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 168	2 264	2 876	2 361	1 435	2 715	2 551	2 024	1 099
*Löhne (brutto)	Mill. DM	108,6	119,7	145,7	147,5	89,3	137,0	127,5	138,2	68,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	17,0	18,3	17,8	25,4	20,8	17,9	17,7	26,8	20,5
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	331,9	417,5	573,7	498,7	682,0	501,1	433,8	494,2	526,6
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	257,5	251,4	260,2	180,0	196,2	235,3	185,0	149,6	148,4
Ausbaugewerbe										
Beschäftigte ⁸⁾	Anzahl	8 912	8 808	9 274	9 198	9 060	9 129	9 172	9 037	...
Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000	1 079	1 057	1 224	1 080	1 026	1 154	1 156	1 097	...
Löhne und Gehälter ⁸⁾	Mill. DM	18,3	19,5	21,2	22,1	21,6	21,1	21,0	23,0	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	50,4	55,9	70,0	74,4	101,6	62,0	63,4	73,5	...
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	674	710	591	955	1 144	608	917	1 194	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	767	788	822	851	931	720	849	868	...
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	5	4	3	5	6	2	3	3	6
Handwerk										
Handwerk (Mefzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30. 9. 1976 ±100	108,4	109,1	4. Vj. 1980			3. Vj. 81		4. Vj. 1981	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. - D 1976 ±100	121,9	135,0				108,7		...	
							136,6		...	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle ± 1 t SKE = Steinkohle-

Einheit (29 308 GJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ ± 35,169 MJ/m³) ± 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht ± 1,46 t SKE, schwer ± 1,40 t SKE

5) 1 000 kWh Strom ± 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr

Beschäftigten 8) im ausbaugewerblichen Betriebsteil

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	903	952	739	708	591	596	391	488
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	910	743	779	587	563	420	465	276	394
*2 Wohnungen	Anzahl	101	113	112	116	89	126	75	68	54
*Rauminhalt	1 000 m ³	915	825	841	641	730	598	562	448	455
*Wohnfläche	1 000 m ²	155	141	146	111	129	105	103	78	77
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	176	193	147	138	145	142	108	112
*Rauminhalt	1 000 m ³	678	669	666	455	550	614	526	397	414
*Nutzfläche	1 000 m ²	117	114	112	80	89	101	98	67	81
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 607	1 580	1 630	1 202	1 717	1 333	1 263	985	956
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	467,2	511,4	522,3	431,1	536,9	630,7	679,1	876,2	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	79,4	97,7	101,3	85,0	101,3	110,6	126,4	112,2	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	387,9	413,7	421,0	346,2	435,6	520,1	552,7	764,0	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	10,8	10,4	13,5	8,8	11,8	15,2	16,4	17,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	42,6	61,6	49,7	41,9	62,4	85,4	73,7	46,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	334,4	341,7	357,8	295,4	361,4	419,4	462,6	700,5	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	33,8	39,3	42,8	32,6	40,6	56,0	53,0	43,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	300,6	302,3	315,0	262,8	320,8	363,5	409,6	656,7	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	210,8	236,4	214,2	194,4	235,5	286,0	267,5	253,9	...
darunter Frankreich	Mill. DM	39,5	52,4	41,1	35,7	59,1	59,0	51,1	50,6	...
Niederlande	Mill. DM	42,7	45,9	46,8	45,7	51,6	40,4	43,8	44,0	...
Dänemark	Mill. DM	46,7	51,2	46,2	37,3	40,9	58,2	56,8	47,7	...
Großbritannien	Mill. DM	41,2	39,2	32,9	37,1	32,2	43,3	51,7	50,8	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	211,6	221,7	228,9	233,3	291,2
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	174,0	184,9	173,7	136,6	151,9
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	.	.	207	.	.	281	p 222	.	.
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	.	17	.	.	25	p 22	.	.
*Übernachtungen	1 000	.	.	897	.	.	1 699	p 929	.	.
darunter *von Auslandsgästen	1 000	.	.	36	.	.	49	p 43	.	.
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 249	1 205	1 095	1 087	1 235
Güterversand	1 000 t	496	498	473	476	470
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	200	202	205	192	195	222	236	183	214
*Güterversand	1 000 t	227	208	209	174	181	184	188	123	129
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	9 819	9 264	8 929	7 312	7 025	7 740	8 169	7 208	...
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	299	377	111	52	39	179	82	54	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	8 566	8 047	7 959	6 606	6 304	6 956	7 458	6 684	...
	Anzahl	547	536	545	497	431	378	387	302	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 401	1 474	1 642	1 526	1 287	1 654	1 549	p 1 631	p 1 053
*Getötete Personen	Anzahl	44	44	54	44	50	56	45	p 61	p 30
*Verletzte Personen	Anzahl	1 828	1 909	2 074	1 949	1 675	2 057	1 978	p 2 024	p 1 339

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1979	1980	1980			1981				
		Monats- durchschnitt ¹⁾			Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen ²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	46 900	52 677	50 911	51 782	52 677	56 592	57 173	57 350	58 066	
darunter											
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	45 026	50 863	49 147	50 000	50 863	54 742	55 341	55 519	56 214	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 866	8 893	8 412	8 522	8 893	9 131	9 103	8 947	9 269	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 764	8 766	8 331	8 440	8 766	8 954	8 872	8 714	8 906	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	102	127	81	82	127	177	232	234	363	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 798	5 420	5 066	5 277	5 420	6 755	6 887	6 942	7 196	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 603	4 027	3 826	3 922	4 027	4 853	4 888	4 911	5 129	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 194	1 393	1 240	1 355	1 393	1 901	1 998	2 030	2 067	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	32 362	36 550	35 669	36 200	36 550	38 857	39 351	39 630	39 748	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 565	28 553	28 032	28 309	28 553	29 732	29 890	30 014	30 141	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 797	7 997	7 637	7 891	7 997	9 125	9 461	9 616	9 607	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 142	34 504	33 102	33 697	34 504	34 668	34 822	35 249	35 935	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	18 340	20 576	19 901	20 493	20 576	21 809	21 983	22 379	22 242	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	13 261	15 050	14 564	15 122	15 050	16 235	16 388	16 720	16 458	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 079	5 526	5 338	5 371	5 526	5 574	5 595	5 659	5 784	
*Spareinlagen	Mill. DM	13 802	13 928	13 200	13 204	13 928	12 859	12 839	12 869	13 693	
*bei Sparkassen (ab Dez. 80: Spareinlagen, Sparbriefe, Namenssparschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 797	7 924	7 514	7 519	7 722	9 527	9 545	9 559	...	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	659	728	614	595	828	642	646	651	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	630	719	597	593	777	739	669	624	...	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	27	36	53	40	48	49	66	60	31	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,1	0,3	-	-	1	-	-	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	298	324	386	348	404	453	
*Wechselsumme	Mill. DM	1,8	2,0	2,3	2,3	2,8	3,5	
Steuern											
		Vierteljahres- durchschnitt			4.Vj.80			3.Vj.81			4.Vj.81
Steueraufkommen nach der Steuerart											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 886,0	2 109,0	.	.	2 343,0	2 130,2	.	.	2 269,3	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 385,0	1 521,0	.	.	1 716,6	1 542,2	.	.	1 651,0	
*Lohnsteuer ⁴⁾	Mill. DM	852,8	1 019,7	.	.	1 231,5	1 102,9	.	.	1 252,4	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	386,3	349,3	.	.	356,6	265,8	.	.	250,9	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	9,5	14,9	.	.	17,5	27,3	.	.	22,0	
*Körperschaftsteuer ⁴⁾	Mill. DM	136,4	137,2	.	.	111,0	146,2	.	.	125,7	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	501,0	588,1	.	.	626,5	588,0	.	.	618,3	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	349,2	398,3	.	.	412,7	398,9	.	.	402,5	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	151,8	189,8	.	.	213,7	189,1	.	.	215,8	
*Bundessteuern	Mill. DM	140,6	127,0	.	.	117,5	r 83,5	.	.	145,9	
*Zölle	Mill. DM	0,4	0,3	.	.	0,2	0,1	.	.	0,1	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	130,7	116,9	.	.	111,6	76,1	.	.	138,9	
*Landessteuern	Mill. DM	133,7	130,8	.	.	121,4	r 140,8	.	.	116,8	
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	28,6	.	.	28,4	26,5	.	.	29,7	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,0	67,8	.	.	59,7	82,3	.	.	54,1	
*Biersteuer	Mill. DM	4,2	4,3	.	.	4,2	5,2	.	.	4,3	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	284,9	288,3	.	.	276,1	299,5	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,0	7,1	.	.	7,0	7,8	
*Grundsteuer B	Mill. DM	49,9	50,3	.	.	46,8	64,4	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	188,4	203,8	.	.	200,5	208,7	
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	20,2	4,7	.	.	0,1	0,1	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 077,8	1 132,6	.	.	1 266,4	1 101,6	.	.	1 256,6	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	559,7	582,0	.	.	669,1	597,2	.	.	640,0	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	338,2	397,0	.	.	422,9	396,9	.	.	417,3	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,3	26,6	.	.	56,9	24,1	.	.	53,4	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 105,3	1 190,4	.	.	1 270,6	1 207,9	.	.	1 273,2	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	643,9	714,7	.	.	790,9	717,8	.	.	766,6	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	288,4	318,4	.	.	301,5	325,2	.	.	336,4	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	39,4	26,6	.	.	56,9	24,1	.	.	53,4	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	386,1	456,4	.	.	637,3	443,7	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	109,6	150,5	.	.	86,6	159,8	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	179,9	221,3	.	.	475,0	193,0	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1979	1980	1980			1981			
			Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100									
Einfuhrpreise	109,1	125,3	127,0	129,8	130,9	146,9	144,4	143,3	...
Ausfuhrpreise	108,2	115,1	116,1	116,5	116,6	122,9	122,7	122,8	...
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1970 = 100)	156,1	173,6	176,1	178,5	179,7	196,9	196,3	196,2	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	108,9	117,1	118,7	119,5	120,0	128,2	129,0	129,5	129,8
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	96,9	99,3	98,8	101,1	102,8	107,0	p 108,3	p 110,3	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	121,1	134,1	.	136,9	.	.	.	143,7	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	106,0	112,7	113,2	114,9	116,4	124,2	124,4	p 124,5	...
Einzelhandelspreise	110,1	116,1	116,7	117,4	118,0	123,1	123,5	124,3	124,7
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte darunter für	110,9	117,0	117,9	118,6	119,3	125,4	125,8	126,4	126,8
*Nahrungs- und Genußmittel	108,2	112,7	112,5	113,1	113,8	118,3	119,0	119,8	120,3
Kleidung, Schuhe	114,2	120,8	122,6	123,2	123,4	127,9	128,6	129,5	129,7
Wohnungsmieten	109,8	115,4	116,7	117,0	117,3	121,7	122,2	122,6	123,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	124,8	137,6	137,6	141,1	145,4	164,7	163,8	166,0	166,4
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	110,2	116,7	118,1	119,1	119,7	124,0	124,8	126,1	126,7
Löhne und Gehälter									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	577	609	620	.	.	.	642	.	.
darunter *Facharbeiter	607	644	656	.	.	.	676	.	.
*weibliche Arbeiter	377	400	405	.	.	.	426	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	361	385	388	.	.	.	406	.	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	13,45	14,35	14,64	.	.	.	15,30	.	.
darunter *Facharbeiter	14,16	15,14	15,44	.	.	.	16,10	.	.
*weibliche Arbeiter	9,37	9,99	10,15	.	.	.	10,69	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	8,97	9,60	9,72	.	.	.	10,23	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	42,7	42,4	42,3	.	.	.	41,9	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	40,1	40,1	39,9	.	.	.	39,8	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 086	3 319	3 369	.	.	.	3 561	.	.
*weiblich	2 126	2 272	2 306	.	.	.	2 443	.	.
Technische Angestellte									
*männlich	3 305	3 526	3 580	.	.	.	3 735	.	.
*weiblich	2 040	2 192	2 231	.	.	.	2 353	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	2 675	2 863	2 904	.	.	.	3 086	.	.
*weiblich	1 806	1 943	1 983	.	.	.	2 098	.	.
Technische Angestellte									
männlich	2 735	2 955	3 040	.	.	.	3 017	.	.
weiblich
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	2 808	3 008	3 051	.	.	.	3 237	.	.
weiblich	1 893	2 035	2 074	.	.	.	2 194	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 267	3 490	3 546	.	.	.	3 688	.	.
weiblich	2 035	2 192	2 229	.	.	.	2 352	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

Jahreszahlen B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 156 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1976	16	15	12	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 007	237	24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	2 381	505
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18 ^a	19 ^a	7 ^a	1 107 ^a	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000							in Mill. DM	in Mill. DM	in 1 000	in Mill. DM	
1976	922	9	785	47	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	61,4	37,4
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁶⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch- steuern	Gewerbe- steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931
1977	3 788	3 876	1 466	1 487	4 596	2 822	1 403	481	735	6 613	2 491	1 940
1978	4 022	4 141	1 516	1 778	4 759	2 849	1 474	498	745	7 317	2 544	2 003
1979	4 386	3 487	1 544	2 004	5 091	3 002	1 545	523	834	7 865	2 592 ^b	2 044 ^b
1980	4 613	4 772	1 825	2 352	5 360	3 443	1 394	467	834	9 065	2 557 ^b	1 981 ^b

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn- gebäude 1976 = 100	der Lebenshaltung ⁹⁾ 1976 = 100		Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie ¹⁰⁾ und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerb- licher Produkte	landwirt- schaftlicher Produkte		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹¹⁾		
	1976 = 100	1976 = 100	kaufmännische Angestellte					techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1976	100	100	100	100	100	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825
1977	102,7	98,9	104,9	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	103,9	95,5	111,3	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	108,9	96,9	121,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	117,1	99,3	134,1	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210

1) Errichtung neuer Gebäude (Wohn- und Nichtwohnbau) 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres) 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) ohne Kassenkredite 7) ohne Schulden der Eigenbetriebe 8) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 9) für alle privaten Haushalte 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) vorläufiges Ergebnis b) ohne Schulden der Krankenhäuser

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. September 1981			Bevölkerungsveränderung im September 1981			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1981 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	87 718	- 0,0	- 0,5	- 21	9	- 12	33	-	36
KIEL	249 542	- 0,0	- 0,1	- 56	- 23	- 79	86	2	94
LÜBECK	219 833	- 0,1	- 0,7	- 125	- 141	- 266	86	4	97
NEUMÜNSTER	80 064	- 0,0	- 0,2	- 17	5	- 12	33	1	40
Dithmarschen	130 960	- 0,0	+ 0,2	- 37	24	- 13	50	3	61
Hzgt. Lauenburg	157 016	+ 0,0	+ 0,8	- 26	88	62	70	-	90
Nordfriesland	162 540	- 0,2	+ 0,3	- 8	- 316	- 324	45	-	63
Ostholstein	193 307	- 0,1	+ 1,0	- 38	- 113	- 151	84	3	112
Pinneberg	260 898	+ 0,1	+ 0,2	5	153	158	95	1	118
Plön	116 291	+ 0,0	+ 0,1	- 13	34	21	46	1	56
Rendsburg-Eckernförde	246 550	+ 0,1	+ 0,7	17	108	125	96	3	134
Schleswig-Flensburg	182 497	- 0,0	+ 0,5	- 23	20	- 3	68	7	89
Segeberg	211 892	+ 0,1	+ 1,0	- 3	179	176	111	3	153
Steinburg	128 896	- 0,1	- 0,2	- 42	- 35	- 77	60	-	73
Stormarn	191 754	+ 0,1	+ 1,6	1	271	272	90	2	123
Schleswig-Holstein	2 619 758	- 0,0	+ 0,4	- 386	263	- 123	1 053	30	1 339

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1981		
	Betriebe am 31. 12. 1981	Beschäftigte am 31. 12. 1981	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1981 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	78	9 215	161	33 144	29 842	341
KIEL	143	26 608	389	93 927	84 951	340
LÜBECK	153	24 681	350	81 589	73 443	334
NEUMÜNSTER	80	10 229	77	33 408	29 678	371
Dithmarschen	78	7 607	366	62 776	50 331	385
Hzgt. Lauenburg	106	9 048	95	67 089	57 656	368
Nordfriesland	59	3 066	67	74 162	59 875	369
Ostholstein	92	5 882	86	80 873	69 190	358
Pinneberg	194	21 888	293	115 324	100 791	387
Plön	46	2 806	33	54 197	45 701	393
Rendsburg-Eckernförde	131	11 020	141	111 694	93 358	379
Schleswig-Flensburg	90	5 095	117	86 481	70 004	384
Segeberg	180	14 968	215	108 192	93 013	441
Steinburg	95	9 606	157	59 409	48 676	377
Stormarn	147	15 713	373	87 142	76 561	401
Schleswig-Holstein	1 672	177 432	2 920	1 149 407	983 070	376

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1981 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1981			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 11. 1981	Kurzarbeiter Monatsmitte Nov. 1981	offene Stellen am 30. 11. 1981	Schweine insgesamt am 3. 8. 1981	Rindvieh am 3. 6. 1981	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 615,7	+ 4,9	+ 0,4	77	11	4	1 874	1 582	497
Hamburg	1 640,0	- 8,6	- 0,5	42	6	4	11	15	3
Niedersachsen	7 260,7	+ 2,5	+ 0,2	212	50	13	7 101	3 261	1 057
Bremen	692,0	- 4,3	- 0,4	23	3	2	8	22	4
Nordrhein-Westfalen	17 043,6	+ 0,8	+ 0,0	470	103	30	5 665	2 012	610
Hessen	5 602,9	+ 4,1	+ 0,3	110	35	14	1 343	905	293
Rheinland-Pfalz	3 641,3	- 0,1	+ 0,1	82	25	7	696	691	235
Baden-Württemberg	9 275,0	+ 4,3	+ 0,4	147	93	26	2 281	1 855	682
Bayern	10 939,8	+ 4,4	+ 0,4	240	97	27	4 283	4 990	1 987
Saarland	1 064,4	- 4,9	- 0,3	32	5	1	51	74	26
Berlin (West)	1 890,3	- 10,9	- 0,5	56	10	5	4	1	0
Bundesgebiet	61 665,8	+ 1,7	+ 0,2	1 490	436	132	23 339	15 406	5 395

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im Sept. 1981	
	Beschäftigte am 31. 10. 1981 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1981		Produk- tions- index 3) (1976 = 100) im September 1981	Beschäftigte am 30. Sept. 1981		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	181	3 031	18	.	54	21	1 333	5,1
Hamburg	165	6 871	10	97	30	18	384	2,3
Niedersachsen	705	11 846	28	...	150	21	3 484	4,8
Bremen	89	1 763	32	120 ^a	15	21	137	2,0
Nordrhein-Westfalen	2 138	33 195	26	...	282	17	6 220	3,6
Hessen	653	8 650	27	107	105	19	2 177	3,9
Rheinland-Pfalz	392	6 631	36	138 ^a	74	20	1 847	5,1
Baden-Württemberg	1 460	19 932	29	126 ^a	197	21	5 624	6,1
Bayern	1 361	17 557	26	121	264	24	6 168	5,6
Saarland	154	2 209	31	.	21	19	517	4,9
Berlin (West)	175	3 071	11	.	34	18	605	3,2
Bundesgebiet	7 473	114 756	26	111	1 226	20	28 496	4,6

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. Juli 1981			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Okt. 1981				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 30. 9. 1981 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner							Landes	Bundes	Gemeinden
	in 1 000				im 3. Vierteljahr 1981							
Schleswig-Holstein	1 149	983	376	1 549	45	1 978	131	4 916	458	433	.	
Hamburg	632	569	347	1 061	19	1 359	130	8 177	813	3 535	.	
Niedersachsen	3 272	2 774	382	3 943	128	5 120	133	6 001	464	492	.	
Bremen	269	242	350	432	5	510	119	6 730	596	1 172	.	
Nordrhein-Westfalen	7 248	6 476	380	8 407	221	10 817	131	6 857	525	846	.	
Hessen	2 624	2 277	406	3 079	92	3 956	131	7 486	517	700	.	
Rheinland-Pfalz	1 749	1 468	403	1 941	58	2 550	134	6 745	469	534	.	
Baden-Württemberg	4 349	3 697	399	4 680	167	6 134	135	7 318	582	779	.	
Bayern	5 140	4 194	383	6 263	279	8 251	136	7 631	515	625	.	
Saarland	470	420	394	588	16	770	134	6 478	456	490	.	
Berlin (West)	654	582	308	1 172	30	1 404	122	6 682	403	1 183	.	
Bundesgebiet	27 655 ^b	23 731 ^b	385	33 115	1 060	42 849	133	6 953	521	786	.	

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Vorläufige Werte 5) ohne Bundespost und Bundesbahn 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen

a) 1970 = 100 b) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Wahlen

Kommunalwahlen 1946 bis 1978 1/2

Erwerbstätigkeit

Berufspendler 1/27

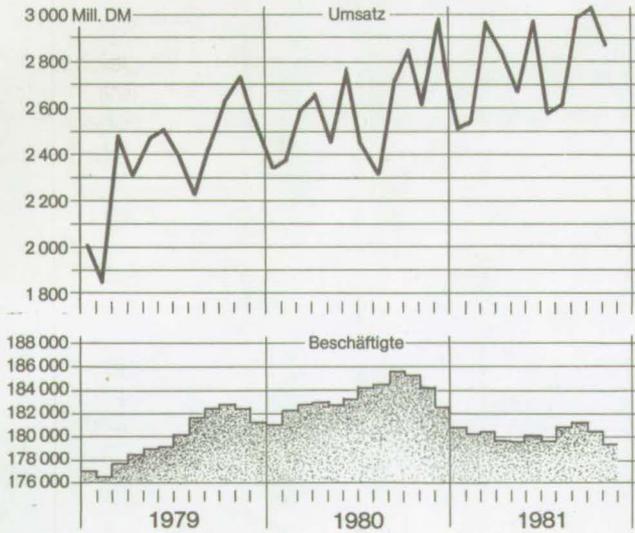
Produzierendes Gewerbe

Auslandsumsätze im verarbeitenden Gewerbe 1/21

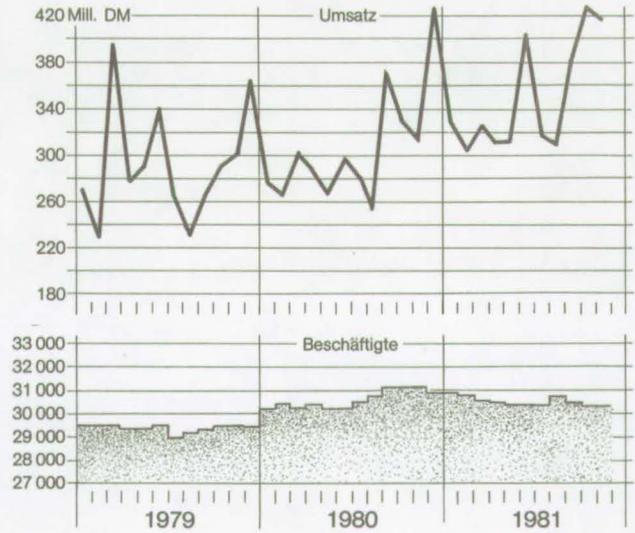
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Teil A — in den Heften der ungeradzahigen Monate — enthält: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Wanderungsbewegung, natürliche Bevölkerungsbewegung); Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Verunglückte im Straßenverkehr; Arbeiterverdienste; Steueraufkommen

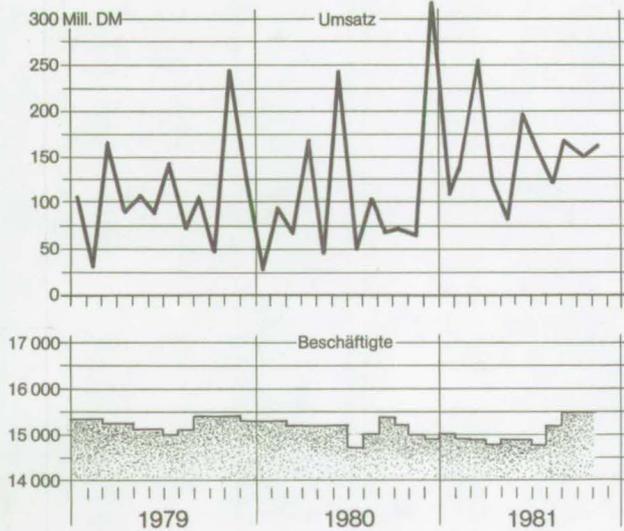
Verarbeitendes Gewerbe*



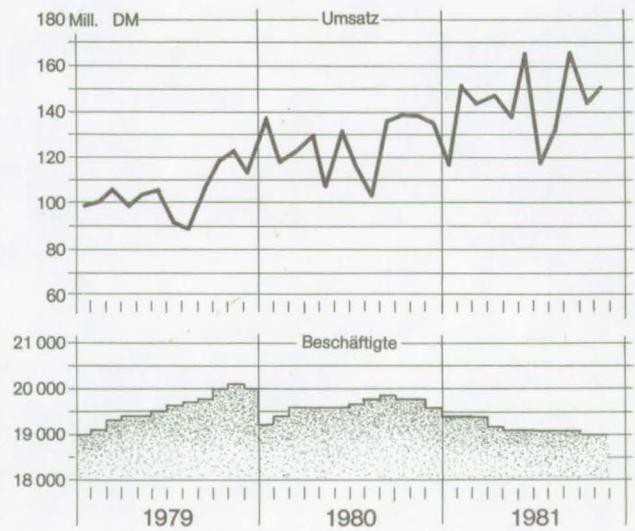
Maschinenbau*



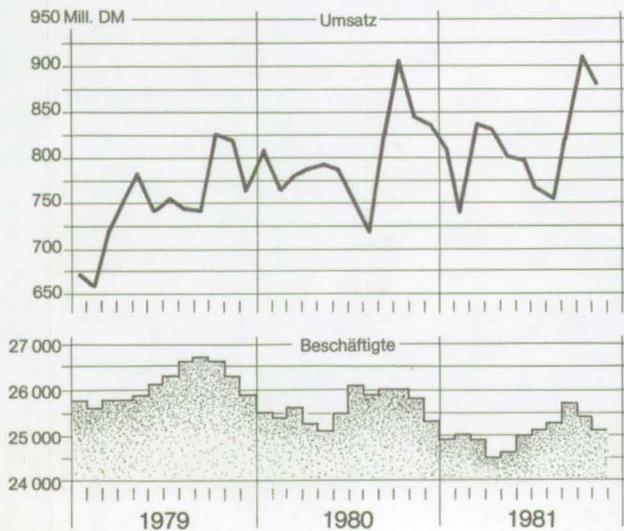
Schiffbau*



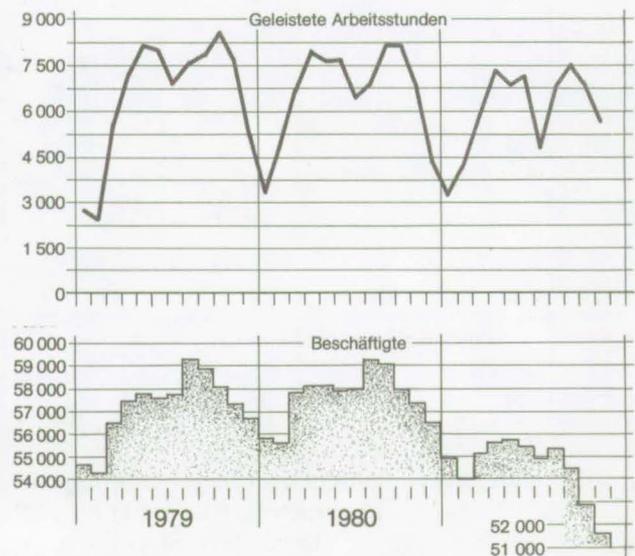
Elektrotechnik*



Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



*Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

